

Er scheint täglich außer Sonntags... Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark...

Vorwärts

Inspektions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Beilage... Expedition: SW. 19, Beuth-Str. 3.

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Str. 2.

Mittwoch, den 9. Januar 1895.

Expedition: SW. 19, Beuth-Str. 3.

Arbeiter, Parteigenossen!

Bei der Wichtigkeit, welche die Umsturzdebatte im Reichstage für die Parteigenossen wie für die gesammte Arbeiterschaft hat...

Dieselbe wird im Laufe der nächsten Woche, je nach Umfang der Debatten, in ein oder zwei Heften zur Ausgabe gelangen.

Wir eruchen unsere Genossen um ungesäumte Aufgabe der Bestellungen, um die Höhe der Auflage bestimmen und die geehrten Besteller rechtzeitig in Besitz der Schrift setzen zu können.

Buchhandlung des „Vorwärts“, SW., Beuthstraße 2.

Quittung.

Im Monat Dezember gingen bei der Parteilasse folgenden Beiträge ein:

- Alexandrette 5.-, Augsburg, durch den Vertrauensmann 50.-, Apolda, D. St. B. zum „Vorwärts“ 20.-, Annweiler, Hildesgraber 1,50, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kr. 300.-, darunter Holzworm 3.-, Blauenst 5.-, 3. Kr. 500.-, 4. Kr. (Oh) 1000.-, darunter Kernspitze 30.-, 5. Kr. (Südost) 700.-, darunter St. 26, Konjum 12,85, 6. Kreis (Oranienburger Vorstadt) 200.-, 6. Kr. (Möbit) 300.-, darunter Drankusch v. „Vorwärts“ 100.-, Berlin, bio. Zeit.: N. B. 50.-, P. S. 50.-, H. G. 20.-, Dr. L. N. 20.-, Neues Weichen 10.-, W. N. 10 2.-, Dichter und Umstürzler 10.-, Miles voluntarius 1.-, Prozeß 20.-, Ungenannt - 50, Kaffeegeid 1.-, Ueberschuß vom Neuen Welt-Kalender, Hollmannstraße, 16.-, Sächsischer Staatsangehöriger in Moabit 20.-, Nothe Buchbinder Grünstr. 5.-, Arbeiter der Firma Kalle u. Bender 15,70, Bierprozent der Bronzegaaren-Fabrik Ritterstraße 187,75, Frühlingslust, amerikanische Auktion 4,50, Amerikanische Auktion Sandstr. 1,55, Moabit, Bierprozent Maschinenbauer 5.-, Kr. 167 1.-, Von einem sozialdemokratischen Postbeamten durch K. 5.-, Nothe Kindtaufe, Köpner, Oranienstr. 200

Feuilleton.

Am Exil.

Roman von Georges Renard. Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

Das Fest des 14. Juli trug 1880 in Paris einen ganz besonderen, unvergleichlichen Charakter. Bei der Nacht...

Aus England, Belgien, der Schweiz, aus Italien und Russland kamen sie herbei. Die einen meinten, als sie den Fuß wieder auf Pariser Boden setzten, die andern brachten in lautes Schluchzen und Schreien aus. Andere wieder zeigten ihnen im Exil geborenen Kindern voll Stolz das Paris, das man ihnen so oft gerühmt hatte.

- 5,40. Bierprozent aus der Gießerei Prinzenstr. 25 5.-, Kellerarbeiter bei Schuster und Bier 4,70, Arbeiter bei Schuster- und Bier 10,17, Gef. am Sylvester bei Tebmer, Breslauer-Str. 20a, 6,55, Jugendbund 7.-, Von zwei Genossinnen 2.-, Bodenheim, Verzeigerung einer Zigarre 1,20, Belg. amerikanische Auktion 4,40, Bungalow, vereinigte Maurer 20.-, Bremen, von einer ged. Gesellschaft 2,70, Goppard, 3.-, Cottbus, 5.-, 10.-, Grefeld, C. 5.-, Grimmitzschau, v. d. lustigen Bieren a. d. Moritzstr. 2.-, Grefeld, gef. b. d. Stiftungsfest der Holzarbeiter v. B. P. 2,20, Cottbus 100.-, Grefeld, amerik. Kult. im Volkstheater 2,70, D. i. Grefeld, v. einer roten Hochzeit 2.-, Görlitz b. Greiz, Grabstein des auferstehenden Gefangenen 5,05, Giesfeld-Sornborn, die roten Brüder 2,10, Falkenberg (Oberchl.) 2.-, Finsterwalde 10.-, Giesfeld 50.-, Freiburg 8.-, darunter v. roten Fest bei D. M. 2.-, Freiburg i. B. 5.-, Götlich, freie Sänger 10.-, Gräfrath bei Solingen 30.-, Gera 50.-, Gießen 10.-, Gohrenstein-Ernsdorf, mehrere Parteigenossen 4,05, Hamburg, Personal der Tabakarbeiter-Genossenschaft 3,20, 100.-, Hamburg-Barmbeck, gef. auf einer Wahlzeit d. Spark. Weihnachts d. J. B. 4,05, Hagen-Schmied, Volkstrübene 100.-, Hamburg, rother Geburtstag Steinmann 75, D. I. 3,65, Hamburg-Gimsbüttel, von den Angestellten der Tabakarbeiter-Genossenschaft, Schäferstr. 19, 18,55, Hamburg, Humanität, Martinstraße 13.-, Kämpfer, Volkssammlung, durch W. Mg. 7,05, Kappel-Gemuth, Ueberschuß vom Leichenstein des Produkts-Vertheilungs-Vereins 1 14,14, Kall bei Adin (Vandreis) 100.-, Königsberg i. Pr. 8, 20.-, Karlsruhe, Stammgäste der Platane 9.-, L. J. M. 172.-, Schönhofen 10.-, Lampracht 10.-, Löttau, solche, die den 1. Mai nicht feiern können 7.-, Lengsfeld i. Wall. 15.-, L. 2, 100.-, Muskau-Weißwasser 10.-, Meseritz 1,90, Masuren, Grub 15.-, Mordorf (Rheinpfalz) 10.-, Neudorf bei Nowawes P. S. 1.-, Reife, gesammelt durch G. (daran zwei Reichstädter Genossen) 10.-, Reusdorf in Oberschlesien, von roten Brüdern 4,60, Reusdorf in einer roten Gesellschaft 1.-, Summa 5,60, Reudamm, zielbewusste Genossen 4.-, auf einem Bau gesammelt 3,40, Summa 7,40, Nowawes-Neudorf, Sylvesternacht, Lindenstraße 2,70, Obllig, durch den Vertrauensmann 80.-, Oespel, Aker 20.-, Ohlau 20.-, Oberhausen b. Angerb. 10.-, Oeffelberg i. B. v. d. „Gesellschaft“ 11.-, Plogheim 10.-, Pinneberg, v. d. Sängern bei einem roten Polsterabend 8,40, Penig, alte Garde 15.-, rote Kindtaufe 3.-, Summa 18.-, Sedingen, rote Kindtaufe - 60, St. Gallen 20.-, Schalte 3.-, Sonnenburg 15.-, darunter Volkssammlung 6,50, Egan, Hochzeit-Einnahmen 6,00, Schüren b. Appleritz, Uebersch. s. Kransp. 6,30, Sonneberg, Ausflug nach Göttenhof 1,40, gef. in der Wirtschaft von König u. Bauer durch Kaufmann 5,20, Sa. 6,60, Tempelhof, Ueberschuß vom „Wahren Jakob“ von den Genossen 14,15, Min, gesammelt von den roten Sängern auf dem Alsburge 2.-, Werther 3000.-, Württemberg 500.-, Wüsten, v. d. Roten Nothen auf der Zentralherberge 3,50, Berlin, den 7. Januar 1895.

Für den Parteivorstand H. Gerisch, Nagelsackstraße 9, 1 Treppe.

Unlauterer Wettbewerb.

Schulze-Delisch, der Höhepriester des heiligen Manchester, wüßte sich im Grabe herumzudrehen, wenn er erführe, was jetzt in Deutschland im Zuge ist: Man will ein Gesetz machen gegen den „unlauteren Wettbewerb“! Ein Gesetz gegen den Wettbewerb, gegen die Konkurrenz, gegen die „freie Konkurrenz“ — die freie Konkurrenz, die doch, wie alle Manchesterleute wissen, das einzige ist, was den Bau der Welt zusammenhält!

Auders gestimmt sind natürlich unsere lieben Spießbürger und Kunstbrüder, die als Handwerksmeister und Kleinhändler tagtäglich den schweren Kampf um die Existenz zu führen haben, die von der vorrückenden Großindustrie, dem Großhandel und nicht zum wenigsten auch von sonstigen mit allen Kniffen und Pfiffen vertrauten, mit allen Hundebissen gekehrten Geschäftsleuten mehr und mehr zurückgedrängt und in die Ecke gedrängt werden. — Der Extrinkende greift in seiner Noth bekanntlich auch nach einem dünnen Strohhalm, mit der — freilich ganz unbegründeten — Hoffnung, dieser werde ihn über Wasser halten, — und die Handwerker und Kleinhändler greifen in ihrer Herzensangst, bald nichts mehr zu brechen und zu beissen zu haben, nach Zunftzwang und Befähigungsnachweis, nach dem Verbot des Hausgewerbes und schließlich auch wohl nach dem Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes. Die Armen wissen nicht, daß sie die Extrinkenden und alles, was sie in ihrer Noth ergreifen, nichts anderes als Strohhalm sind!

Was will denn das neue Gesetz? In einer den wöls Paragaphen des Entwurfs beigegebenen Denkschrift heißt es, daß der Kampf ums Dasein, der unter den heutigen Verhältnissen besonders für die mittleren Schichten der Erwerbsthätigen schon schwer genug sei, durch den unlauteren Wettbewerb noch schwerer gemacht wird, durch den unlauteren Wettbewerb, wobei das redliche Gewerbe den kürzeren ziehe. Darin liege aber eine große Gefahr für die Wohlfahrt weiter, achtungswerthe Kreise des Volkes und für die Gesundheit des Staatswesens.

Und wie sollen alle diese Mißstände und Gefahren nun aufgehoben werden? Zum ersten dadurch, daß man die übertriebene Reklame beschränkt. Die Reklame sei zwar im Geschäftsleben allgemein verbreitet und unentbehrlich zur Heran-

schwebte in der überheizten Atmosphäre, und am Abend, als die engen Kreisläufe der Straßen durch Gurlanden, Stoffe und Lampen in allen Farben, entfesselten die unter freiem Himmel abgehaltenen Bankette und Wälle den Frohsinn des Volkes. Mehr als einer und mehr als eine, welche die ganze vorhergehende Nacht hindurch gefahren waren, schöpften aus ihrem Entzückungsmund die Kraft, bis zur Stunde, in der das Morgenroth die Illumination verblissen ließ, zu lachen und zu tanzen.

In den Vierteln der Armen fand so eines jener Feste der Brüderlichkeit statt, von denen die Utopisten und die Dichter träumen, einer jener seltenen, hinreißenden Momente, in denen das Volk nur eine Seele hat. Doch René, der durch die Stadt kroch, um unter den Ankömmlingen nach einem bekannten Gesicht zu suchen, sagte sich traurig:

Arme Teufel! Sie haben ohne Zaubern alles verlassen, ihre mühselig erworbene Stellung, den neuen Herd, die Früchte einer neunjährigen Arbeit. Ach! wie lange wird es dauern, bis das Vaterland ihnen Heimweh nach dem Exil einflößt? — Unterwegs bemerkte er wie in den Vierteln der Reichen die Häuser unheimlich auszuweichen, ohne Zahnschmuck, die Fenster geschlossen, fast wie Gefängnisse; und der in den Häusern zum Ausdruck kommende stumme Trotz genigte, um ihn den glühenden Haß, der unter dieser scheinbaren Fröhlichkeit verborgen war, ahnen zu lassen.

Zwischen war er mehreren seiner Bekannten aus der Schwärmer, bezogen, mit denen er freundschaftliche Beziehungen, zerliche Händedrucke wechselte. — Und Verdier? fragte er. — Man hatte ihn gesehen, er war am Morgen dieses Tages gekommen. René machte sich nun daran ihn zu suchen und entdeckte ihn auch schließlich in einem kleinen schlechten Hotel am linken Ufer der Seine. Obgleich er sich in Gedanken vorgestellt hatte, wie er seinen alten Freund wiedersehen würde, so hätte er ihn beinahe mit dem Ellenbogen gestreift, ohne ihn zu erkennen. Der bleiche, hagere Verdier mit den an den Schläfen gebleichten Haaren, dem langen Barte, der bis auf die Brust fiel, glich mit seinem

schwärmerischen, leidenden Antlitz einem nihilistischen Christus. Er warf sich in René's Arme, und sogleich war auch eine lebhafteste Unterhaltung zwischen ihnen im Gange.

Nathe ein bißchen, wo ich herkomme! Aus Russland, ja, direkt aus St. Petersburg. Zwei Tage und zwei Nächte bin ich auf der Eisenbahn gefahren, um bei dem großen Rendez-vous der Geächteten nicht zu fehlen.

René wunderte sich darüber. Petersburg liegt doch nicht im Orient, wohin Verdier reisen wollte. Dieser erzählte nun lachend seine Odyssee, — eine seltsame Reihe von Abenteuern. Ach, sie hatten harte Tage erlebt, Cayrolaz und er, als sie ohne einen Pfennig in der Tasche auf dem Pflaster von Konstantinopel angelangt waren. Um leben zu können, waren sie Dolmetscher, Lehrer aller möglichen Wissenschaften, „Partizipantenhändler“ geworden, hatten sie sich verschiedene, „Kuzlampen“, Griechen, Armentern, Bulgaren zur Verfügung gestellt. Das war ein trauriges Gewerbe, bei dem man nicht fett wurde. Cayrolaz langweilte sich.

Das war nicht der Orient aus Tausend und eine Nacht, den er sich geträumt hatte. Eines Tages begab er sich an Bord eines Amerikadampfers, und fort ging es nach der neuen Welt. Verdier hatte ihn nicht wiedergesehen.

Allein zurückgeblieben, gab er einem Pascha Unterricht, der darin bestand, daß er Hagiographen las und ihm von Paris erzählte. Er hatte ihn in seine Gedankenwelt verstrickt und erobert. Schon glaubte er ihn halb und halb zum Sozialismus bekehrt zu haben. Er begleitete ihn nach Kleinasien, durch seine Vermittelung wäre er beinahe türkischer Konsul in Persien geworden, und einen Augenblick hatte er davon geträumt, das alte Land des großen Cyrus zu einer neuen Blüte zu bringen. Aber der Pascha war in der Nähe der russischen Grenze gestorben.

Das war eine vortreffliche Gelegenheit, um nach Russland zu kommen. Er hatte einige Monate an einer in Petersburg im französischen Sprachunterrichte arbeitend gearbeitet. Dann war das Blatt, gerade so wie der Pascha, des Todes verblissen, und der Journalist, der wieder Lehret wurde, machte sich von neuem daran, französischen Unter-

ziehung von Kunden. So lange die Kellame sich innerhalb der durch die Anforderungen von Treu und Glauben gezogenen Grenzen bewegt, sei kein Grund vorhanden, ihr Hindernisse in den Weg zu legen. Jedermann müsse das Recht haben, seine Waare nach Belieben als gut, besser oder ausgereiznet zu empfehlen. Strafbar werde die Sache jedoch, wenn die Kellame zur Vorpiegelung unwahrer Thatfachen greife. Wenn z. B. allerlei populäre Volksbazar Seidenstoffe zu sehr billigem Preis annonciiren, während es sich bei näherer Prüfung um halbesidene handelt; — wenn gewisse Zigarrenagenten echte Importen anklagen, die sich dann als echte Uckermärker herausstellen; — wenn die „Goldene Hundertzehr“ an den Tischfüßen dichtet, sie habe 30 000 Winterpalätois auf Lager und verkaufe sie für den halben Einkaufspreis, während sie in Wahrheit nur ein paar hundert hat und bei jedem ihren anständigen Rebbach macht; — wenn sich jemand ein halbes Schock goldene Weltausstellungs-Medaillen auf die Etiketten drucken läßt, dabei aber noch nicht einmal auf der Nixdorfer Gewerbe-Ausstellung prämiiert worden ist; — wenn jemand unter der erlogenen Erklärung „wegen Todesfalls“ oder „wegen Abbruchs des Hauses“ z. B. einen Ankerverkauf arrangirt, der nachher 20 Jahre dauert: dann ist alles das „unlautere Wettbewerb“, und die Geschäftsleute, die nur „lauteren Wettbewerb“ betreiben, können dann beantragen, daß die irreführenden Kellamen der „Unlauteren“ in Zukunft unterbleiben und daß die Unlauteren den Lauteren den durch die unrichtigen Angaben verursachten Schaden ersetzen müssen. Sind die falschen Kellamen aber wider besseres Wissen gemacht, dann kann noch auf Strafe bis zur Höhe von 1500 Mark erkannt werden.

Ferner kann nach Erlass des Gesetzes der Bundesrath bestimmen, daß gewisse Handelsartikel, z. B. Wolle, Bier und dergleichen, nur in festgesetzten Einheiten verkauft werden; Wolle etwa in Strähnen à 10 Gramm, Bier in  $\frac{1}{10}$  Flaschen, wodurch das Publikum der Nähe der eigenen Prüfung entbunden ist und nicht die „unlauteren Wettbewerber“ kommen und den Käufern leichtere Wollensträhne und kleinere Bierflaschen anschmieren können. — Dann sind da ein paar Bestimmungen, nach denen jeder, der das achte Gebot „Du sollst nicht falsch Zeugniß reden wider Deinen Nächsten!“ mit Beziehung auf ein Geschäft oder einen Geschäftsmann bricht, zum Ersatz des entstandenen Schadens, event. auch zur Zahlung einer Strafe an die Staatskasse angehalten werden kann. — Endlich sollen Arbeiter, Lehrlinge und sonstige Angestellte bestraft werden bis zu einem Jahre Gefängniß und bis zu 3000 M. Geldstrafe, wenn sie ihnen bekannt gewordene Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vor Ablauf von zwei Jahren seit Beendigung des Dienstverhältnisses anderen mittheilen oder selbst verwerthen. Selbstverständlich können allen Angestellten, Arbeitern z. B. hieraus die größten Unannehmlichkeiten und Schutrigkeiten erwachsen, da doch viele gerade deswegen in ein Geschäft oder eine Fabrik eintreten, um dort etwas zu lernen und dies im späteren Leben zu verwenden, es aber sehr schwer sein wird, im einzelnen Falle festzustellen, was zu den Geheimnissen und was zu den üblichen Handwerks- und Geschäftskenntnissen gehört. Doch dieser Punkt ist es nicht, auf den wir heute besonders eingehen wollen.

Ist denn aber auch nur die geringste Aussicht vorhanden, daß dieses Gesetz seinen Zweck, „den Mittelstand zu schützen und zu erhalten“, auch nur im allerbestenfallsigen Maße erreichen wird? Das scheint uns doch eine allzu utopistische Annahme zu sein. — Oder glaubt die Regierung etwa im Ernst selber nicht an die Sache und will sie vielleicht nur den Kunstbrüdern im Reichstag und im Lande einen schönen Röder hinwerfen, um ihren guten Willen zu zeigen und dafür bei allerhand Umsturz- und Steuergesetzen die Unterstützung besagter Kunstbrüder zu bekommen? Gleichviel. Dem Mittelstand wird man mit diesen 12 Paragraphen nicht auf die Beine helfen. Es ist ja zweifellos, daß die nur „lauteren Wettbewerb“ betreibenden Handwerker, Händler und deren Vereine von ihrem Antragsrecht, daß diese und jene Kellame der „Unlauteren“ unterbleiben solle, einen sehr ausgebeuteten Gebrauch machen würden. Es ist auch möglich, daß man manche häßliche Erscheinung des ungezügelter Konkurrenzkampfes mit dem Gesetz unterdrücken könnte. Aber viel mehr, als diesem oder jenem herumreisenden kleinen Schwindelbazar dadurch das Lebenslicht auszublasen, wird man nicht erreichen.

richt zu geben und die Liebe zu Frankreich zu verbreiten. Er hatte sich eine recht erträgliche Stellung geschaffen, aber wäre der Montmartre nicht zu weit und Sibirien nicht zu nahe gewesen, so hätte er seinen Aufenthalt in der Hauptstadt des Jaren nur loben können.

Doch, sagte er hinzu, Du begreifst, daß ich bei der Nachricht von der Amnestie schnell mein Bündel gepackt habe. Die Republik besitzt ihren zahlreichen Feinden gegenüber nicht zu viele Freunde. Ich bin noch gut zu Fuß, habe ein scharfes Auge und Kampflust. Ich sage noch immer: Bereit sein! Doch ich rede nur von mir! Nun, wie steht es mit Dir und der Demokratie? Du müßt mich über alles unterrichten, denn Du bist ja schon ein Jahr lang hier. Dort unten erhält man nur schrecklich verfallene Zeitungen, weißt Du.

Hens erzählte ihm, was er erlebt und erlitten hatte. Verdier hörte ihn bekümmert und verdüstert an. Ja, sagte er, ich sehe, daß wir die Republik nur dem Namen nach haben. Da heißt es das Wort zur Wirklichkeit machen. Das wird freilich nicht leicht sein. Wir werden tüchtig arbeiten müssen.

Aber Du, was wirst Du thun? sagte Hens. Du vermagst Dich wie gewöhnlich.

O ich, ich stehe ja ganz allein da. Die vier Sous, die ich brauche, werde ich mir schon verdienen. Einige Tage danach traf Hens auf dem Boulevard Cayrolaz, der noch kahler und glatter ausah als früher, sonst aber wenig verändert war. Immer hatte er noch seine Affen-Miene, sein Rahen-Bächeln, seine kleinen, zusammengekniffenen, boshaften Augen. Er genoß das Vorrecht derer, die früh altern. Die Zeit schont sie mitleidig, wie wenn es ihr genüge, sie frühzeitig der Blüthe beraubt zu haben. Sie scheinen dann für lange Zeit dasselbe Alter zu behalten.

Halt, da bist Du ja, alter Freund! Wie geht es, seit Du aus der Schweiz fort bist? rief Cayrolaz mit jenem eigenthümlichen Lonsfall, in dem sich der Aktzent des Südens auf das sonderbarste mit dem der Pariser Faubourgs mischt. Wir trinken ein Glas Bier, nicht?

Und der Haupterfolg wird sein, daß man durch Beseitigung dieser kleinen, schwindelnden, geistlosen, mit allen Händen geübten Geschäftemacher vielfach erst Raum schafft für die wirkliche Großindustrie.

Die wirkliche Großindustrie arbeitet längst nicht mehr mit dem kleinsten Mittel des Schwindels und der Ueber-vorteilung des Käufers. Das Geheimniß ihres Erfolges ist die Maschine, die Arbeitsteilung, die Großproduktion. Und ihre Filialen würden vielleicht bald da stehen, wo heute in Dörfern und Städten reisende Schelenderausverkäufer die Leute betrügen. — Ob aber dies der Zweck des Gesetzes ist?

Die Sozialdemokratie ist bei der geplanten Aktion gegen den „unlauteren Wettbewerb“ ziemlich unbetheiligt. Und nur zur Instruktion unserer Leser über das was läuft in der Politik dienen die vorstehenden Zeilen.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 8. Januar.

Aus dem Reichstage. Sie haben Recht, die Staats-rätter mit ihrer Umsturzvorlage! Erst hat sie ihr Ver-theidiger, der Staatssekretär Nieberding, in Grund und Boden geredet, als er in der letzten Sitzung des vergangenen Jahres sie so kläglich begründete, und bei Beginn des neuen Jahres ist sie von unserem Redner, Genossen Auer, in so meisterhafter Weise zerstückelt worden, daß den Stützen der Gesellschaft der Athem verging. Ueber drei Stunden lang hat Auer diese Spottgeburt von Angst und Geschäftshuberei an den Pranger gestellt, und oft, sehr oft wurde dabei den Sozialistenbüchern so bang und so weh ums Herz, daß sie gewiß im stillen die ganze Vorlage dorthin wünschten, wo sie uns gern haben möchten. Einige konservative und nationalliberale Reichsboten wurden sogar roth, bis über die Ohren roth, und manchen Kopf sah man sich beugen, als wolle er das Gewitter widerstandlos über sich hintraufen lassen und als flehe er zum Himmel, daß es nicht gerade bei ihm einschlage. Als die Noth am höchsten, kam Herr v. Stumm ein rettender Gebanke: er zog zum Trost den historischen Kalender des „Vorwärts“ aus der Tasche und zeigte ihn seinen Getreuen, die sich ge-bührend an ihm erbauten!

Auer begann damit, daß er die „aktenmäßigen Beweise“, mit denen der Staatssekretär Nieberding die Nothwendigkeit der Vorlage begründet hatte, in ihrer Nichtigkeit und Unrichtigkeit kennzeichnete. Diese staats-gefährlichen Flugblätter, diese „ollen Kamellen“, die von Bakunin und Kropotkin herkommen, diese Polizei-„Freiheit“, die auf Kosten der Polizei einst gedruckt und durch deren Spindel verbreitet wurde, sie fanden ihre ge-gebührende Würdigung, ebenso das Schöpfkind der herr-schenden Klasse, der Liebling der Agrarier, Miquel, mit seinen bekannten revolutionären Herzergüssen. Athem-lose Stille herrschte, als Auer darauf hinwies, wie es das ärgste Verbrechen sei, daß ein Mensch begehen könne, wenn er seine Eltern, seine Geschwister tödtet. Die Konservativen versuchten zu lächeln, als Auer, von innerem Abscheu überwältigt, mit gerechter Entrüstung auf gewisse, in letzter Zeit laut gewordene Anschauungen hinwies, die im Widerspruch mit dem menschlichen Empfinden stehen. Es war das Lächeln tödtlichster Verlegenheit, mit dem die Freunde der „gewaltsamen Auseinandersetzungen“ sich dem Eindruck der Auer'schen Anklagen zu entziehen versuchten. Aus demselben Grunde murzte die Rechte, als Auer auf die einzelnen Schönheiten der Vorlage einging. Die Geißel-hiebe, die er austheilte, saßen und schmerzten, darüber quittirte gerade diese Unruhe. Aber sie wich bald wieder einer Stille der Angst und Pein bei den Beispielen, die Auer dafür anführte, daß der Umsturz nicht von unten, sondern von oben drohe, daß Ehe, Familie, Sitte, Religion, Eigenthum, Monarchie von den angeblichen Be-schützern derselben vernichtet werden. Die soziale Revolution für 1 M. 50 Pf., welche die Agrarier androhten, als der Getreidezoll ermäßigt wurde, das Betonen des „Nur-Ver-munft-Monarchismus“ seitens der Nationalliberalen, als die Vermögenssteuer sie am Geldbeutel packen sollte, das glänzende Begräbniß der in Breslau ermordeten Pro-situirten Elise Groß, das ihr „Freund“, einer der blau-blütigsten Abigen, Graf Tassilo von Schweinitz, bezahlte und bei dem die Ruhälter das Geleit gaben, die miserable Entlohnung der Arbeiterinnen, die durch Noth zur Pro-stitution getrieben werden, die unstilllichen Angriffe auf dieselben, die Regiererei der „Kreuz-Bez.“ gegenüber den

Wald saßen sie vor einem Café, und Cayrolaz erzählte von seinem Leben mit einem echt sächlichen Schwall von Worten und Geberden.

Er kam von New-York. Ein schnurriges Land, in dem man viel Geld verdient, aber noch mehr ausgiebt! Was war er dort nicht alles gewesen! In einem Tage Reisender in Parismerien, am nächsten Schauspieler bei einer wandernden Truppe, Faktor in einer Buchdruckerei, Eisenbahn-Beamter, Fabrikant von Kellamen für Velozipeds, Seife, Korksets, Konserven u. s. w. Aber das Leben hatte ihn auch in die Lehre genommen. Er war vielseitig und praktisch wie ein Amerikaner geworden. Keine Gefahr, daß man ihn jetzt noch hineinlegen konnte! Er war sicher, daß er sich schon ein Loch bohren würde. Er wollte den Parisern zeigen, was ein Gasconier ist, der bei den Yankee's gelernt hat.

Und die Liebe? sagte Hens, der sich der galanten Ab-sichten, die Cayrolaz früher geäußert hatte, erinnerte.

Dieser schnitt ein Gesicht, aus dem etwas wie Ver-legenheit hindurchschah.

Nein, entschieden, antwortete er, dazu sind nur die Französinnen geschaffen. Die Amerikanerinnen sind Weiber, die gleich geheirathet sein wollen, die von der Liebe nichts verstehen, sie versauern in ihrer Häuslichkeit, wenn sie nicht ganz und gar unweiblich sind.

Er glitt über das Thema hinweg, das ihm unangenehm zu sein schien und sagte als praktischer Mann:

Doch nun zu Ernstem zurück. Kannst Du mir behilflich sein, eine neue Stellung zu finden?

Hens gestand ihm die Verlegenheit, in der er selbst sich befand.

Also wie Italien, Cayrolaz fara da se\*) — sagte er mit komischer Feiertlichkeit und ging mit dieser stolzen Er-klärung ab.

(Fortsetzung folgt.)

\*) Italienisch: macht alles selbst — braucht niemand.

„liberalen Professoren, die noch schlimmer als die Juden“ wären, die Gestalten, die auf manchen Thronen Europas die Mon-archie, die nicht beschimpft werden soll, verfluchen, und im Lasterleben der schlimmsten Art führen, das Eigenthum, das durch Wucher, Gaunerei, Ausbeutung, Schwindel aller Art zusammengerafft und das der Staat nun noch ganz besonders geschützt wissen will, — all' diese Schandmale unserer Zeit zeigte Auer in einer so inhaltreichen, sachlichen, oft von beifühendem Humor getränkten Rede, daß den Kämpen der Staatsrättereie der Muth verging, sich foglich dagegen zu wehren. So brachten sie denn einen Vertagungsantrag ein, der ihnen Zeit gab, 18 Stunden ihrer Wunden zu pflegen. Der erste Tag gehörte unserer Partei, die an demselben einen glänzenden Erfolg davontrug! Das neue Jahr fing gut an! Fortsetzung folgt. —

Für Religion, Ordnung und Sitte. Folgendes Telegramm findet sich in den heutigen Morgen-Zeitungen: Geseßmünde, 7. Januar. Zwischen dem Kapitän-Lieutenant v. Burski, früher zu Lebe, jetzt zu Wilhelmshaven in Garnison, und dem Korvetten-Kapitän Müller, Direktor der Telegraphen-Schule in Lebe, fand heute früh im Städtchen Folge ein Pistolens-Duell statt. Letzterer wurde getödtet.

Die Armee mit der dazu gehörigen Marine sind be-lanntlich die Hauptstützen der heutigen Gesellschaftsordnung, die Hauptkämpfer in dem Kampf für „Religion, Ordnung, und Sitte“. Und eine Illustration dieser „Religion, Ordnung und Sitte“ ist wohl auch jenes Pistolenduell? Wohlgerneht ein militärisches Duell. Ein Duell, verboten vom Geseß und Pflicht für jedes Mitglied des Offiziers-korps! Eine Verletzung des Geseßes und zwar die denkbar schwerste: die Ermordung eines Mitmenschen be-söhnen von der Armeeleitung, und geübt von Offizieren — geübt von den vornehmsten Vertretern der „Religion, Ordnung und Sitte“, für welche die herrschenden Parteien jetzt einen Kreuzzug veranstaltet haben. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“ —

Der geheime Erlass betr. Ueberwachung der Protetversammlungen gegen die Umsturz-vorlage ist nicht bloß in Preußen, sondern auch in Sachsen und in der freien und Hansestadt Hamburg er-gangen. —

Kriminalstatistik und Umsturzvorlage. Das kaiser-liche statistische Amt veröffentlicht die Zahl der Ver-urtheilungen, welche stattfanden im Jahre 1893 wegen:

- Essentlicher Aufforderung zum Ungehorsam gegen Geseße z. oder zu strafbaren Handlungen (§§ 110, 111): 70,
- Aufforderung von Militärpersonen zum Ungehorsam (§ 112): 4,
- Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens (§ 126): 33,
- Anreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewaltthätig-keiten (§ 130): 38,
- Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen und obrigkeit-lichen Anordnungen (§ 131): 7.

Das sind die Paragraphen, welche durch die Umsturz-vorlage verschärft werden sollen. Hierzu bemerkt die „Bresl. Morgen-Bez.“:

Die Zahl der erfolgten Verurtheilungen beweist, daß die be-treffenden Delikte nur selten begangen werden; und die Ver-urtheilungen selbst zeigen, daß auch das jetzt bestehende Geseß die Delikte zu treffen vermag. Beide Thatfachen sprechen dafür, daß eine Verschärfung der aufgeführten Paragraphen nicht nöthig ist. Zieht man weiter in Erwägung, daß wohl 88 Ver-urtheilungen wegen Uebertretung des § 130 erfolgten, daß aber die Anreizung zu Gewaltthätigkeiten in seinem einzigen Falle wirklich zu Gewaltthätigkeiten geführt hat, so spricht diese That-sache für eine Einschränkung, aber nicht für eine Erweiterung des § 130. Wegen Majestätsbeleidigung wurden im Jahre 1892 in Deutschland 625 Personen, und im Jahre 1893 800 Personen be-straft. Auch diese Zahlen beweisen, daß Strafen nicht ab-schreckend wirken. Monarchische Bestimmung läßt sich eben durch Strafbestimmungen nicht erzwingen.

Nationalliberale Logik. Die Umsturzvorlage richtet sich bloß gegen Verbrechen. Indem die Sozialdemokratie die Umsturzvorlage bekämpft, verrißt sie ihre Neigung für Verbrechen. Daß alle „Verbrechen“ schon längst hundertfach unter Strafe gestellt sind, und daß foglich die neue Umsturzvorlage nicht gegen „Verbrechen“ — das heißt, was normale Menschen unter „Verbrechen“ ver-stehen — gerichtet sein kann — dafür ist die nationalliberale Logik blind. —

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Es liegen Anzeichen vor, daß die internationale Polizei-spißelei in der Schweiz demnächst spezielle Operationen vornimmt, zur Unterstützung der deutschen Umsturzvorlage. Seit einigen Wochen ist von London einer der berüchtigtsten Spigel und Dynamit-Anarchisten nach Zürich überfledelt, der ehemalige Bandagist Rielen aus Cleve; Rielen ist liberal zu hause, er hat in seiner politisch-polizeilichen Thätigkeit Holland, Belgien, Frankreich, England und Italien besucht und es verstanden, sich in das Vertrauen der dortigen Anarchisten zu setzen. Der Polizei-Anarchist Rielen versteht sich aber in seiner freien Zeit auch auf das Geschäft. In London leitete er längere Zeit eine Schwindler- und Schwarzläufer-Bande auf Butter, Wein, Honig, Geflügel zc. und sitzen verschiedene seiner Komplizen im Fuchthaus, er selbst verstand es, sich dem Arm der Gerichte zu entziehen.

Daß er sich auf Diebereien versteht, bewies Rielen bereits 1891 im deutschen Verein in Genf, woselbst er sich als Velozipeddieb auszeichnete. In der Mitte der acht-ziger Jahre war Rielen in Krefeld und Hagen thätig, er wird also auch vielen unserer rheinisch-westfälischen Genossen aus jener Zeit bekannt sein.

Rielen steht im Alter von 35—40 Jahren, er ist knapp mittelgroß, schlank und blond. Er spricht sehr gewandt und versteht geläufig englisch, französisch und holländisch zu sprechen. Unsere Schweizer Genossen und speziell die Züricher, mögen vor ihm auf der Hut sein. Rielen hat auch den Aufenthalt des Anarchisten Meunier, der sich als Flücht-ling in London aufhielt, demunziert, worauf England diesen an Frankreich auslieferete. —

Die undankbaren Millionäre. In einem Artikel der „Königlichen Volkszeitung“ wird gewissen Kreisen nationalliberaler Millionäre, besonders Industriellen, nachgesagt, daß sie zur Zeit der Re-gierung das Leben recht unangenehm machten, indem sie gegen weitere Maßregeln zu gunsten der Arbeiter, die doch in der Thronrede an die Spitze gestellt waren, agitiren. In dem Artikel wird dazu weiter gesagt:

Man giebt die Parole aus, jetzt müßten die Arbeit-geber geschügt werden, und hegt im Stillen wie öffentlich gegen den Minister v. Berlepsch, der durch einen Agenten

des Großkapitalismus ersetzt werden soll. Man glaubt nicht, was alles von dieser Seite mobilisiert worden ist, um für ein strenges Einschreiten gegen die Sozialdemokratie, wenn möglich mit dem Säbel, Stimmung zu machen!

Das ist nichts Neues, daß die Stumm und Krupp den Säbel gegen die Sozialdemokratie geschwungen sehen möchten. Auch daß dieselben Herren den Arbeiter zu hundert lieben, als den Arbeiter sich u. h., ist niemandem ein Geheimnis geblieben. Aber daß gerade Herr von Verlepsch die besondere Feindschaft der großindustriellen Millionäre zu fühlen bekommt, ist doch recht betäubend. Von diesen Herren hätte Herr von Verlepsch sicherlich mehr Dank verdient.

**Handelskammer-Enquete.** Die von dem Handelsminister den Handelskammern zur Begutachtung durch Erlaß vom 1. Januar d. J. für die Neuordnung des Handelskammerwesens vorgelegten Fragen lauten der „Magdeb. Ztg.“ zufolge:

1. Sind obligatorische Handelskammern über das ganze Staatsgebiet einzurichten und wie sind deren Bezirke abzugrenzen? 2. In welchem Umfange sollen Handel und Gewerbe in den Handelskammern vertreten sein? Soll insbesondere Wahlrecht und Beitragspflicht begründet werden a) für alle Gewerbetreibenden, oder b) für die gewerbesteuerpflichtigen Gewerbetreibenden, oder c) für die als Firmeninhaber in die Handelsregister eingetragenen Kaufleute und Gesellschaften, oder d) die unter e) aufgeführten Kaufleute und Gesellschaften unter der ferneren Einschränkung, daß sie gewerbesteuerpflichtig sind, oder e) für die unter e) aufgeführten Kaufleute und Gesellschaften unter der ferneren Einschränkung, daß sie zu einem bestimmten, nicht zu niedrig bemessenen Mindestfahne der Gewerbesteuer veranlagt sind? 3. Wie soll das Wahlrecht zu den Handelskammern geregelt werden? 4. Ist die Einrichtung solcher Organisationen oder von Organisationen nach Betriebszweigen innerhalb der Handelskammern in Aussicht zu nehmen? 5. Ist der Geschäftskreis der Handelskammern zu erweitern, insbesondere a) in bezug auf ihre Anordnung über Gesetzentwürfe, die Interessen von Handel und Gewerbe betreffen, b) in bezug auf den Kreis ihrer Verwaltungsaufgaben? Soll den Handelskammern juristische Persönlichkeit verliehen werden? 6. Ist der Fortbestand der öffentlich-rechtlichen Stellung der kaufmännischen Korporationen mit der Neuordnung der Handelskammern vereinbar? 7. Empfiehlt es sich, die Schaffung eines zur Wahrnehmung der Interessen von Handel und Industrie bestimmten und als technischer Beirat für die Staatsregierung dienenden Zentralorgans in Aussicht zu nehmen?

**Der Fall Stadthagen.** Bekanntlich wurde Stadthagen namentlich wegen beruflicher Gebührenüberhebung aus der Reichsanwaltschaft ausgeschlossen. Um eine öffentliche Gerichtsverhandlung über dies Vergehen, welches das Strafgesetzbuch mit Gefängnis bis zu einem Jahre bedroht, herbeizuführen, denunzierte sich Stadthagen selbst der Staatsanwaltschaft und forderte, daß er angeklagt werde. — Die folgende Verfügung des Justizministers entscheidet endgültig, daß man es ablehnt, Stadthagen wegen des Vergehens anzuklagen, wegen dessen man ihn aus seinem Beruf ausgeschlossen hat.

Ein klassisches Beispiel für die Handhabung des Anklage-Monopols!

Eine glänzende Rechtfertigung für unseren Genossen Stadthagen, wenn es einer solchen überhaupt bedürft hätte. Der Erlaß des Justizministers lautet:

Berlin, den 29. Dezember 1894.

Justizministerium.

Auf die von Eurer Wohlgeboren bei mir unter dem 6. Oktober dieses Jahres angebrachte Beschwerde über die Weigerung des Oberstaatsanwalts bei dem Kammergericht, gegen Sie wegen bewusster Gebührenüberhebung in Ihrer früheren Eigenschaft als Rechtsanwalt Anklage zu erheben, erwidere ich Ihnen, daß ich nach Prüfung des Sachverhalts keine Veranlassung gefunden habe, Ihren Anträgen zu entsprechen.

Der Justizminister.

Schönstedt.

An  
Herrn Arthur Stadthagen,  
Mitglied des Reichstags  
Wohlgeboren  
No 8830. hier.

**Der Fall Goering ist erledigt.** [Der Wirkliche Geheimrat Rath Goering, Coprivis einstige rechte Hand, von dem das Gerücht ging, daß er sich nicht gutwillig aus seinem Amte als vortragender Rath in der Reichskanzlei entfernen lassen und es auf gerichtliche Entscheidung ankommen lassen würde, ist nach Meldung des „Reichs-Anzeigers“ unter Verleihung des Kronenordens 1. Klasse seinem Antrage gemäß in den Ruhestand versetzt worden. —

**Herr Benediz ist einmal gerechtfertigt und die Norddeutsche Allgemeine Zeitung als Fälscherin angeklagt.** Die „Vossische Zeitung“ berichtet:

Wir haben wiederholt von den Ausführungen gesprochen, in denen sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zur Begründung ihrer Angriffe gegen die Unverletzlichkeit der Volksvertretung fälschlich auf Hermann Schulze berief. Durch Vorlegung urkundlichen Materials ist uns inzwischen der Beweis geführt worden, daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ den Artikel nicht in der Form veröffentlicht hat, in der er ihr zugegangen war. Für die im Druck vorliegende Fassung des Artikels ist daher allein die Redaktion der „Nordd. Allg. Ztg.“ verantwortlich.

Das ist deutlich. Herr Benediz, der Verfasser des Artikels, hat also nicht gefälscht, die „Nordd. Allg. Ztg.“ ist nun aber urkundlich als Fälscherin angeklagt. Die Tendenz des bekannten Artikels der „Nordd. Allg. Ztg.“ über den Fall Liebknecht war freilich derart, daß die sonstigen Angriffe gegen denselben trotzdem vollkommen gerechtfertigt bleiben. —

**Die Frauen und die Vereinsgesetze.** Zur Veröffentlichung geht uns zu eine Petition deutscher Frauen aller Klassen und aller Parteien betreffs Aenderung der einzelstaatlichen Vereinsgesetze. Die Frauen Lauer, Gerbard und von Glöckl richten an alle deutschen Frauen die Bitte, die folgende Petition zu unterzeichnen und für die Sammlung weiterer Unterschriften Sorge zu tragen:

Einem hohen Reichstage unterbreiten die Unterzeichneten nachstehende Petition zur geregelten Berücksichtigung.

Die Vereinsgesetze der meisten deutschen Bundesstaaten enthalten Bestimmungen, welche die Teilnahme der Frauen an politischen Vereinen verbieten und den Besuch von politischen Versammlungen erschweren. — Dieser Zustand ist in doppelter Hinsicht ein bedauerlicher.

1. im Interesse der Frauen.
2. im Interesse der Gesamtheit.

Im Interesse der Frauen, insofern er deren geistige Entwicklung im allgemeinen und besonders in bezug auf politische Einsicht hemmt, ferner und vor allem aber, indem er den

Frauen — da sie von dem Mann, wie passiven Wahlrecht ausgeschlossen sind — die letzte Möglichkeit nimmt, in einer auf die Gesetzgebung wirksamen Weise für ihre eigenen Interessen einzutreten. Daß eine solche Vertretung ihrer Sache durch sie selbst aber dringend geboten ist, beweist die bisherige Gesetzgebung, z. B. in bezug auf die Sittlichkeitsfrage, zur Genüge.

Im Interesse der Gesamtheit, insofern die Erziehung der Kinder den Frauen in den meisten Fällen obliegt, durch die Zusammenhänglosigkeit des weiblichen Geschlechts mit dem öffentlichen Leben in ihm der soziale Sinn aber naturgemäß verkümmert und der von ihm geübte Einfluß ein entsprechender, von dem Blick auf die Gesamtheit ablenkender ist.

Mit Hinweis auf diese beiden Gesichtspunkte bitten wir, ein höher Reichstag wolle an die verbündeten Regierungen das Ersuchen um eine Gesetzentwurf vorlegen, durch welche die Beschränkungen des weiblichen Geschlechts in den Vereinsgesetzen der deutschen Bundesstaaten aufgehoben werden.

Das was in dieser Petition gefordert wird, ist eine alte Forderung der Sozialdemokratie, für die unseres Erachtens noch weit mehr Gründe, als vorstehend mitgeteilt sind, beigebracht werden könnten und sollten. Warum wird nicht auch auf die Stellung der Frau in der Industrie hingewiesen? Im übrigen wünschen wir der Petition den besten Erfolg, versprechen uns aber keinen von derselben. —

**Zwei Ehrenmänner.** Der Schienenleiter, Steuereintreiber und nationalliberale Kommerzienrath Baare hat dieser Tage sein Jubiläum der Vochumerlei gefeiert. Dazu erhielt er folgende Gratulation:

„Ew. Hochwohlgeboren wünsche ich Glück zu Ihrer langjährigen und erfolgreichen Thätigkeit (als Steuerhinterzieher etc.) und danke Ihnen für alles Wohlwollen, welches Sie mir in der Zeit bewahrt haben.“

v. Bismarck.

Baare und Bismarck — die zwei sind einander werth.

Nun sollte eigentlich noch der Crispi gratuliren — dann wäre das Reieblatt fertig. —

**Der Reichstags-Abgeordnete Kröber (Demokrat)** erklärte in der am Freitag Abend in München stattgefundenen Versammlung in bezug auf das Eigenbleiben der Sozialdemokraten beim Hof auf den Kaiser in der ersten Sitzung der Abgeordneten im neuen Reichstagsgebäude: „Ich gebe Ihnen (der Versammlung) das Versprechen, wenn es wieder zu etwas Derartigem (das Hof auf einen Monarchen ist gemeint) kommt, ebenfalls zu demonstrieren (das heißt sitzen zu bleiben). Sein damaliges Nichtsitzenbleiben entschuldigt er damit, daß er überreist wurde und einfach automatisch das that, was die anderen thaten. Er habe übrigens seinem Fraktionsgenossen Payer einen energischen Vorhalt gemacht wegen dessen tadelnder Bemerkungen über das Eigenbleiben der Sozialdemokraten. —

**Fuchsmühl.** Außer den kürzlich wegen „Veleidigung“ bestraften Redakteuren sollen nun auch noch die Bauern zur Verantwortung gezogen werden, gegen welche die bekannte Fuchsmühl-Militärakade sich richtete. Der Staatsanwalt in Weiden hat die sehr umfangreiche Anklageschrift nunmehr fertig gestellt und eingereicht. Dieselbe steht von einer Verlesung vor das Schwurgericht ab und beantragt, circa 160 der von der Akade betroffenen Bauern „lediglich“ wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt bezw. Anfechtung dazu vor die Strafkammer des Landgerichts Weiden zu verweisen.

Vermuthlich würde das „Vergehen“ der Bauern einem Schwurgericht in milderem Licht erscheinen, als einem gelehrten Gericht aus hundert Richtern, vor welcher nun noch 160 der armen „Holzrichter“ gestellt werden sollen.

**Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Böhmen.** Im böhmischen Landtage haben 25 von 52 jugendlichen Landtags-Abgeordneten den Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechtes für den Landtag eingebracht.

**Die ungarische Ministerkrise** ist endlich ihrer Lösung nahe gerückt. Der Monarch hat nun endlich einen Ministerpräsidenten, den schleinliberalen, in Wirklichkeit aber ergreaktionären Grafen Khuen-Hedervary gefunden. Nach den übrigen Ministern wird aber noch gesucht. —

**Präsidentenwahl in der französischen Kammer.** Bei der heutigen Wahl des Präsidenten der französischen Deputirtenkammer wurde mit der ausfallend großen Majorität von 272 von 310 Stimmen der radikale Abgeordnete Brisson zum Präsidenten gewählt. Diese Wahl ist charakteristisch für die Verhältnisse in Frankreich. Ein Gegner der Regierung, der Gegenkandidat des Präsidenten der Republik wird fast einstimmig zum Kammerpräsidenten gewählt. Und warum dies? Weil die Kammermajorität keinen einzigen Mann von großem Namen und makellosem Charakter aufzuweisen hat, der vor dem Lande würdig das französische Parlament repräsentiren könnte. Auch dies ist ein klares Zeichen des vollständigen Bankrottes der herrschenden Ordnung in Frankreich. —

**Zur Wahl Gerault-Richard's** wird uns aus Paris unterm 7. Januar geschrieben:

Von allen Wahlen, selbst die von Rogent für Seine eingeschlossen, wo Herr Colmier Perier in der Person seines Leibeskindes Robert eine Niederlage erlitten, dürfte im Uebrig die Wahl Richard's wohl am bittersten empfunden worden sein. Denn sie war direkt gegen das Haupt der Reaktion und des Ausdeutertums, direkt gegen Perier und seine Politik gerichtet. Als auf der Mairie des 13. Arrondissements, dem Wahlbezirk Richard's, das Resultat bekannt gegeben wurde, schloß es darum auch: „Es lebe die soziale Republik!“ vermisch mit dem Rufe: „Nieder mit Colmier!“ Nachdem die Regierungspresse seit Beginn der Wahlkampagne alles ausboten, um die Wahl Richard's zu vereiteln, suchte sie sich jetzt, da Richard mehr als zwei Drittel der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte, während der Regierungskandidat — der Unglückliche heißt Feix! — elend unterlegen ist, damit zu trösten, daß er „mit kaum mehr als einem Drittel der Stimmen der eingeschriebenen Wähler“ gewählt wurde. Das aber dann von dem Regierungskandidaten sagen, der nicht einmal ein Siebentel der eingeschriebenen Wähler für sich hatte? .. Es fragt sich nun, wie sich die Regierung bzw. die Regierungs-Abgeordneten zur Wahl Richard's verhalten werden, der wegen seines „Chambord“-Artikels: „Nieder mit Colmier!“ zu einem Jahr Gefängnis verurtheilt, sich gegenwärtig im St. Pelagie-Gefängnis in Haft befindet. Nach Art. 14 der Konstitution vom 16. Juli 1875 ist die Haft eines Mitgliedes der Kammer, wenn diese es verlangt, während der ganzen Dauer der Session aufzuheben. Gewöhnlich wird in diesem Falle die Haft überhaupt aufgehoben. Der letzte derartige Fall betraf unseren Freund Paul Lafargue, der, als er 1892 zum Abgeordneten von Lille gewählt worden war, sich ebenfalls in St. Pelagie in Haft befunden hatte. Damals hatte Genosse Misserand die Freilassung beantragt, die denn auch allseitig von der Kammer votirt wurde, so daß Lafargue noch am selben Tage freigelassen worden war. Auch diesmal wird Misserand wieder den Antrag auf Freilassung stellen und zwar vielleicht schon in der morgigen

Eröffnungssitzung, oder falls dies durch die staltfindende Bureauwahl unmöglich gemacht sein sollte, in der folgenden, d. i. in der Dennertagsitzung. Nach den heutigen ministeriellen Blättern zu schließen, scheint sich aber die Regierung gegen die Freilassung Richard's auszuheben zu wollen. In diesem Falle würde sich Herr Dupuy noch tief unter Constans, dem Schlichter von Fourmies, stellen, da dieser, der zur Zeit Lafargue's Minister des Innern war, sich mit seiner Hilfe gegen Misserand's Antrag gewendet hatte. Wird diesmal von der Versammlung, die selbst unter dem Kaiserreich beobachtet wurde — ich erinnere an den Fall Rochefort — abgesehen, dann um so schlimmer für die Regierung und die ihr ergebene Majorität, denn es würde dadurch eine Bewegung im Lande hervorgerufen werden, die ihnen ihr Verhalten sicherlich bald gerufen ließe.

**Die französische Regierung und die Immunität der Abgeordneten.** Gerault-Richard ist noch nicht in Freiheit gesetzt worden. Der Ministerrath beschloß, sich dem Antrage auf Freilassung des Deputirten Gerault-Richard zu widersetzen. Inzwischen hat die Regierung aber dafür gesorgt, daß ein anderer Abgeordneter, der „allgemeinistische“ (possibilistische) Präsident der Gutmacher-Gewerkschaft, Déjeante, Aussicht hat, demnächst hinter Schloß und Riegel zu kommen. Dieser Abgeordnete hatte eines Tags in seinem Ladenfenster ein Flugblatt befestigt, das sich mit der Armee und dem Verhältnisse des Sozialismus zur Armee beschäftigte. In der Aushängung dieser Flugchrift erblickt die Staatsanwaltschaft eine Anreizung der bewaffneten Macht zur Rebellion und hat Anklage erhoben. Und auch in Paris giebt es Richter, die gewissenhaft urtheilen. —

**Das Kongostaatspiel** soll dem ehrgeizigen König der Belgier 40 Millionen Franken (32 Millionen Mark) gekostet haben und damit die verelendeten belgischen Arbeiter die weiteren Kosten bezahlen sollen, will der edelmütige Monarch allerhöchst geruhen, den Kongostaat an Belgien abzutreten. —

**Zum Prozesse Ungern-Sternberg** wird der „Köln. Zeitung“ aus Lüttich geschrieben:

Auf Veranlassung der Lütticher Staatsanwaltschaft vernahm der Polizeichef von Amsterdam mehrere dort mit dem Russen Jabolkowsky in Verbindung gekommene Personen, darunter auch den russischen Konsul. Letzterer erkannte in dem ihm vorgezeigten Bilde des Verhafteten sofort einen Mann, der sich im Mai v. J. und zwar wenige Tage nach den Lütticher Bombenanschlägen auf dem Konsulat unter dem Namen „Steln“ vorgefunden, dabei aber einen auf Cyprion Jabolkowsky lautenden Pass mit der Erklärung vorgezeigt hatte, daß er von der russischen Regierung mit der geheimen Ueberwachung der anarchistischen Umtriebe betraut und zur Zeit der Lütticher Anschläge in hiesiger Stadt gewesen sei. Der Konsul hat Jabolkowsky zweimal gesprochen, dann aber nicht mehr wieder gesehen. Am Tage vor dem Dynamitanschlag auf das Restaurant Fayot zu Paris lud Jabolkowsky einen hiesigen Einwohner ein, mit ihm nach der französischen Hauptstadt zu reisen, wo sie Vorbilder fänden, welche die „richtige“ Gesinnung hätten. Derselben Tages reiste der Russe nach Paris ab, wo abends die Explosion im Restaurant Fayot erfolgte. Einen oder zwei Tage später traf Jabolkowsky wieder in Lüttich ein.

**Die Ministerkrise in England** stellt sich vorläufig als eine Sensationssache heraus. Die Situation in England ist aber für die Regierungspartei jetzt so ungünstig, daß der Ausbruch einer Krise erwartet werden konnte, welcher Umstand auch erklärt, daß die Nachricht der „Pall Mall Gazette“ vielfach Glauben gefunden hat. —

**Neue Enthüllungen Giolitti's** sollen bevorstehen. Ein Telegramm aus Rom meldet hierüber:

Dem „Popolo Romano“ zufolge soll Giolitti neue wichtige Dokumente entdeckt haben, welche er nur dann zu veröffentlichen beabsichtigt, wenn er durch den Kampf mit Crispi hierzu gezwungen werden sollte.

**Die Landwirtschaft geht unter der Herrschaft des Kapitalismus** überall zu Grunde. In Norwegen, das bis vor kurzem noch, ähnlich wie Nordamerika als Paradies der Bauern galt, beträgt nach einer uns vorliegenden englischen Abhandlung der Werth sämtlicher vorhandenen Pflanzgüter (mit Land, Baukäse und Holzbestand) 40 Millionen Pfund Sterl., das heißt 800 Millionen Mark; die Hypothekenschulden aber, die auf diesem Eigenthum ruhen, haben die Höhe von 36 bis 39 Millionen Pfund Sterling (720 bis 780 Millionen Mark) erreicht. Da ist also so gut wie kein Eigenthum mehr vorhanden. —

**Japanisch-chinesischer Krieg.** China hat es nicht besonders eilig mit den Friedensverhandlungen. Seine Gesandten nehmen den Landweg von Peking nach Shanghai, wo sie in vierzehn Tagen einzutreffen hoffen. Das ist schon mehr als Gemächlichkeit, und die Japaner hätten sich eines sträflichen Leichtsinns schuldig gemacht, wenn sie auf einen Waffenstillstand eingegangen wären. Wie der „Standard“ aus Shanghai meldet, dürften die Friedensverhandlungen zwischen China und Japan wahrscheinlich scheitern. Der mit den Unterhandlungen beauftragte chinesische Gesandte ist dahin instruiriert worden, eine Kriegentschädigung zu bewilligen, jedoch auf irgend eine Gebietsabtretung nicht einzugehen und die Unabhängigkeitserklärung für Korea zu fordern.

**Die vielgerühmte japanische Zivilisation** ist bloß Hauttief — fragt man ein bisschen, so kommt die Barbarei zum Vorschein. Es ist Mordkultur. Wie man militärisch künstgerecht Massenmord übt, das haben die Herren Japaner uns glücklich abgequackt, aber sie verstehen sich auch auf den unmillitärischen Massenmord. Die Leser werden sich erinnern, daß nach dem Falle von Port Arthur die Nachricht kam, die siegreichen Japaner hätten unter der Bevölkerung der Stadt eine greuliche Mezelei angerichtet. Es ward das bestritten. Jetzt haben wir den Bericht eines englischen Korrespondenten im „Standard“ vom gestrigen Tage. Hiernach haben die Japaner gehaust wie die bludürstigsten Bestien — nichts war vor ihrer Mordlust sicher — die moderne Kriegsgeschichte kennt nichts Rehnlicheres. Das Gemelch dauerte drei Tage lang; als Grund wird angegeben, daß gefangene Japaner verstümmelt worden seien. Ob dies wirklich wahr ist, können wir nicht feststellen. Jedenfalls kann es sich nur um vereinzelte Thaten handeln, die unter keinen Umständen eine solche greuliche Massenschlächterei von Männern, Frauen und Kindern rechtfertigen können. Auch nicht einmal die Entschuldigung, die Leidenschaften entflammenden Kampfes haben die Japaner, denn sie eroberten Port Arthur fast ohne Widerstand. Es war das reine bestialische Morden um des Nordens willen. —

**Parlamentarisches.**

Die Novelle zur Aenderung der Gewerbeordnung im Hausiergewerbe ist dem Reichstag zugegangen.

Die Denkschrift über das Logogebiet ist dem Reichstage zugegangen.

# Parteinachrichten.

**Gegen den Umsturz.** In einer Parteiverammlung in Bielefeld sprach Genosse Hoffmann über „die Umsturzvorlage“ unter großem Beifall der Versammlung. In derselben Versammlung wurden sechsundzwanzig Delegierte zum Parteitag für das östliche Westfalen, der in Bielefeld stattfindet, gewählt. — In Solingen sprach in einer sehr stark besuchten Versammlung der Reichstags-Abgeordnete Schumacher über die Umsturzvorlage. Nach dem Vortrag wurde mit allen gegen zwei Stimmen folgende Resolution angenommen: „Die am 6. Januar im Lokale des Herrn E. Lückmantel tagende, sehr zahlreich besuchte sozialdemokratische Parteiverammlung erklärt sich gegen die von der Regierung eingebrachte Umsturzvorlage, als eine Gewaltmaßregel gegen alle freibürgerlichen Bestrebungen. Ferner ist die heutige Versammlung überzeugt, daß durch kein noch so reactionäres Ausnahmegesetz die sozialdemokratische Bewegung sich unterdrücken läßt.“ Vorher waren als Delegierte für den Duisburger Parteitag die Genossen Schumacher, Wolfers und Schallbruch, sowie als Ersatzmann Stadtrath Aug. Göbel gewählt worden. — Weitere Versammlungen mit dem gleichen Thema wurden abgehalten in Elmshorn, wo Genosse v. Elm referierte und in Pinneberg, wo Genosse Fischer-Hamburg sprach. In beiden Versammlungen wurden energische Protest-Resolutionen gegen das geplante Attentat auf die schmalen Volksrechte angenommen.

**Von der Agitation.** Die Agitationstour, welche Fräulein Löwenherz aus Neuwied gegenwärtig in Westfalen machte, ist unterbrochen worden, nachdem sie 13 öffentliche Volksversammlungen abgehalten hatte. Ihre Agitation galt besonders den Frauen. Die vorläufige Unterbrechung geschah aus dem Grunde, weil die Polizei alle in letzter Zeit angemeldeten Versammlungen auf Grund des § 8 des Vereinsgesetzes verbot. — Nach allen uns zugehenden Berichten, so heißt es in einem Aufruf, den das Dortmunder Agitationskomitee erläßt, ist die Wirkung, welche die Verbote auf die weibliche und männliche Bevölkerung der betr. Orte ausgeübt haben, eine der verhältnißmäßig beabsichtigten durchaus entgegengekehrt gewesen. Ebenso hat es vielfach großen Eindruck gemacht, daß allein die sozialdemokratische Presse das verlegte gesetzliche Recht, das ein allgemeines ist und an dem allen Parteien gelegen sein muß, verteidigt hat. Die behördlichen Verbote arbeiten nur für uns. — Das Agitationskomitee hat sofort eine zweite Agitationstour vorbereitet, die der Genosse Veinhardt aus Köln übernehmen wird. Dieser Genosse wird hauptsächlich die „Umsturzvorlage“ besprechen.

**Bei den Gemeinderathswahlen in Dittersbach** siegten in beiden Klassen die sozialistischen Kandidaten. In Falkenstein i. B., wo aus Angst vor der Sozialdemokratie die im Stadthaus herrschende Clique vor einigen Wochen das Kommunalwahlrecht durchgedrückt hatte, fand am 7. Januar die Neuwahl nach dem neuen Wahlsystem statt. Die Gegner hatten sich verrechnet, wenn sie glaubten, durch ihr reactionäres Vorgehen die Sozialdemokraten abzuhalten. In der 3. Klasse haben unsere Genossen einen vollständigen Sieg errungen, indem ihre 6 Kandidaten alle gewählt wurden.

**Dem Rechenschaftsbericht des Apoldaer Vertrauensmannes** Genosse Vaudert für das Jahr 1894 entnehmen wir, daß die Einnahme über 600 Mark betrug. Die Ausgabe aus der Parteikasse, welche in gleicher Höhe ist, vertheilt sich auf verschiedene Posten, an Unterstützung für die Familien Inhabtiner über 160 M. ausgezahlt. Weiter bemerkte Genosse Vaudert, daß in Zukunft größere Ansprache an die Opferwilligkeit der Genossen gestellt werden müssen, denn für die Agitation im 1. weimariischen Wahlkreise, sowie für die Landesorganisation und für die Agitations-Kommission für Thüringen, seien die nötigen Mittel zu dem bevorstehenden Kampfe aufzubringen, daß ein reger Verkehr mit auswärtigen Genossen unterhalten werde, beweisen die 121 Briefe und Karten, welche zur Versendung gekommen seien. Als Vertrauensmann wurde wieder der Genosse A. Vaudert, als dessen Stellvertreter Genosse P. Deutal gewählt.

**Einen Rückblick** auf das verfloßene Jahr wies in der Rheinischen Zeitung ein Genosse aus St. Johann-Saarbrücken. Dasselbe habe nur wenig Erfreuliches gebracht. Einige Genossen seien im Laufe desselben mit größeren Freiheits- und Geldstrafen bedacht worden. Es versteht sich am Bande, heißt es dann weiter, daß hier als vornehmste geistige Waffe, mit der und die Gegner bekämpfen, die Saalabtreibererei und die Beeinflussung der Wirtbe gegen uns zur Anwendung gebracht wird. Wie jubelten dieselben, als Genosse Emmel unsere Stadt verlassen mußte! Hoffen sie doch jetzt den Sozialismus in hiesiger Gegend mit Stumpf und Stiel ausgevottet zu haben. Lassen wir den Herren das Vergnügen. Der sozialistische Gedanke glimmt unter der Asche weiter und wird eines schönen Tages auch im Saarrevier wieder zur hellen Flamme auflodern. Nach der im Anschluss an den verlorenen Streik erfolgten Vernichtung der Organisation der Bergleute, hatte einige Personen es sich zur Aufgabe gemacht, auch die Genossenschaften zu vernichten. Dieselben wurden unter das Gesetz vom Jahre 1850 gestellt. Auch der Gastwirths-Verband war eifrig bemüht, bei der Zerschöpfung der Genossenschaften hilfreiche Hand zu leisten. Ein Theil der Genossen verlor seit einiger Zeit in einer Wirtshaus in Saarbrücken. Der Wirt wurde veranlaßt, die zu dem betreffenden Zimmer führende Thür offen zu lassen, resp. auszuhängen. Kurz, es werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, uns auf jede nur denkbare Weise zu hemmen. Es war uns gelungen, ein Lokal zu erhalten, wo der Wirt uns im Punkte der Versammlungen keinerlei Beschränkungen auferlegen wollte; als er den Vertrag unterschreiben mußte, hatte er wieder eine Klausel des Inhalts angehängt, daß, wenn Versammlungen stattfänden, dem Hauseigentümer und dem Bierlieferanten Bidselmann vorher angezeigt werden müßte, was besprochen werden sollte! Solche Beispiele könnten wir zu Duzenden anführen. Doch genug für dieses Mal. Trotz alledem: Doch die Fahne des Sozialismus!

**Die Redaktion der „Neuß. Tribüne“** in Gera hat an stelle des durch seine siebenmonatliche Deportation in die Zittauer Zuchthausen unfreiwillig zurückgetretenen Redakteurs Wilhelm Leven der Genosse Theiß aus Hamburg übernommen.

**Aus der Hamburger Raboisnacht** entlassen wurde am Montag Vormittag Genosse Heine, nachdem er dort fünf Monate lang Staatsquartier innegehabt hatte. Die fünf Monate hatte sich Heine zugezogen, als er in seiner Eigenschaft als verantwortlicher Redakteur des „Echo“ einer Wochenplauderei Aufnahme gewährte, durch welche der Senat sich so gekränkt fühlte, daß er der Staatsanwaltschaft die Genehmigung zur Strafverfolgung Heine's erteilte. Genosse Heine hat, wie das „Echo“ mittheilt, die fünf Monate gut überstanden und es ist zu hoffen, daß ihm durch die lange Sitzung kein dauernder Schaden an seiner Gesundheit erwachsen ist. Keineswegs dürfte aber seine Zufriedenheit mit den heutigen Verhältnissen im „Rechtsstaat“ gewachsen sein.

**Von einer geheimen Organisation** der mecklenburgischen Sozialdemokratie fabeln die „Kostöcker Zeitung“ und der „Anzeiger“ in ihren Berichten über den jüngsten Parteitag in Lübeck. Die wohlwollende Absicht, welcher diese verlogene Berichterstattung entsprang, ist mit Händen zu greifen. Das Lächerlichste bei der ganzen Sache ist der Umstand, daß nach den genannten beiden Blättern die mecklenburgischen Delegierten selbst das Bestehen „einer geheimen Organisation“ ausgeplaudert haben sollen!

**Das Tölske-Denkmal** ist nunmehr auf dem Dortmund- und Friedhofe aufgestellt. Der Stein ist aus tief schwarzem Granit, in einfachem und edlem Geschmack. Er trägt die persönlichen Daten des Beweinigen mit der Aufschrift: „Der Ertrag der Arbeit, der Urquelle des Reichthums, dem, der ihn schafft!“ Hunderte von Dortmund- und Arbeitern walfahrten bereits am letzten Sonntag nach dem Friedhof, das Andenken des Toten zu ehren.

## Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Eine Ehrenrettung Crispi's hat kürzlich die Polizei in Leipzig vorgenommen. Der Vorsitzende einer Parteiverammlung hatte gegen einen Unterbeamten der Polizei, der zwei Rednern das Wort entzogen, Beschwerde beim Polizei-Richtergewicht. Derselbe ist jetzt unter folgender interessanten Begründung abgewiesen worden. Beschluß vom 20. Dezember 1894. In der am 13. d. M. hier abgehaltenen Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Leipzig-Ost hat der mit Ueberwachung dieser Versammlung seitens des Polizei-Amtes beauftragte Beamte zwei dort aufgetretenen Rednern Herbst und Nüchtern das Wort entzogen, und zwar erstem, als er nach verschiedenen Ausfällen gegen die italienische Regierung die Ausrufung gethan hat: „Crispi sei ein gewaltthätiger Mensch und schau und verschlagen wie Miquel. Die Regierung habe weiter nichts gethan, als die Arbeiter durch Ausnahmegesetze gelnebelt. Ein Italiener habe dagegen erklärt, daß mit Ausnahmegesetzen jeder Gefregieren könne. Das vor Ausnahmegesetzen die herrschende Klasse mehr Furcht habe als die Arbeiterklasse, das habe das Verbot der Pantheon-Versammlung gestern bewiesen.“ — Die Wortentziehung im zweiten Falle ist erfolgt, als pp. Nüchtern geäußert hat: „Es frage sich nur, ob die Kommissionsmitglieder ebensolche „Schulte seien wie Crispi ein Schuft sei.“ — Beide Ausrufungen entbalten zweifellos Beleidigungen des italienischen Ministerpräsidenten Crispi, erstere zugleich auch eine Beleidigung des preussischen Finanzministers Miquel und der deutschen Reichsregierung, insofern in den Worten: „Daß mit Ausnahmegesetzen jeder Gefregieren könne“, die Hindeutung auf die deutschen Verhältnisse und die dem Reichstag jetzt vorliegende sog. Umsturzvorlage handgreiflich ist. Die fraglichen Ausrufungen widersprechen demnach den Strafgesetzen, wobei der Umstand, daß der mittelbeleidigte italienische Ministerpräsident nicht deutscher Reichsangehöriger ist, selbstverständlich für die rechtliche Beurtheilung belanglos ist, und es rechtfertigt sich daher in beiden Fällen die gefessene Wortentziehung durch die Bestimmung im § 9 des Vereinsgesetzes vom 22. November 1890. Der Vorstand des eingangs gedachten sozialdemokratischen Vereins ist deshalb mit seiner an der eingereichten Beschwerde vom 18. d. M. abzuweisen.

## Soziale Ueberlicht.

**Die Dresdener Gewerkschaften** haben beschloffen, eine Arbeitslosen-Statistik auszunehmen. Jede einzelne Gewerkschaft soll eine Versammlung einberufen, in welcher Frage gestellt ausgegeben werden.

**Für Nothstandarbeiten** hat der Magistrat von Halle 20 000 Mark gefordert; die Finanzkommission hat sich im Prinzip für die Bewilligung der Summe ausgesprochen.

**Arbeiterentlassungen** haben abermals auf der Dortmund- und Gesellschaft „Union“ stattgefunden. Im ganzen sind von dem betreffenden Werke seit Ende September über 400 Mann entlassen worden.

**Die Sparanfekt im Eisenbahn-Betrieb** fordert immer mehr Opfer. Im Betriebsamt Essen sind 48 Kanzlisten gekündigt worden; unter ihnen befinden sich einige, welche eine mehr als 20-jährige Dienstzeit bei der Bahn hinter sich haben. — Der Trieb nach Ueberflüssen läßt unsere Eisenbahn-Verwaltungen auch sonst noch allerhand Experimente machen, die man in Privatbetrieben schon auf das schärfste verurtheilt müßte, in sogenannten „Musterbetrieben“ aber gar nicht für möglich halten sollten. So sucht man immer mehr Frauen für Dienstverrichtungen zu verwenden, für die wir Frauen recht wenig geeignet halten. So hat man seit März v. J. auf der Göttha-Feinefeld-Eisenbahn für die Schließung der Wegegskranken Frauen angestellt und soll voraussichtlich das Bahnwärterpersonal noch weiter reduziert werden. Die Frauen bekommen pro Tag eine Mark und müssen hierfür 12 Stunden Dienst thun. Dazu kommt noch, daß die betreffenden Frauen in den benachbarten Dörfern wohnen, von wo sie oft bis eine Stunde Weges bis nach dem Ort ihrer Thätigkeit zurücklegen haben. Eine der Frauen, deren Mann Bahnwärter ist, hat 8 Kinder, wovon das älteste Mädchen erst 14 Jahre zählt. Diese sind sich nun den ganzen Tag selbst überlassen, was zur Folge hat, daß die Erziehung der Kinder eine mangelhafte sein muß. Und derselbe Staat, der durch seine Sucht nach billigen Arbeitskräften das Familienleben seiner Arbeiter zu nichte macht, steht im Begriff, im Namen der Religion, Ordnung und Familie gegen den Umsturz ins Feld zu ziehen.

**Arbeiterentlassungen an den Werken des westfälischen Kohlsyndikates** dürften bevorstehen, die Forderung ist um 5 pKt. vermindert worden. Nun werden die Löhne noch tiefer gedrückt werden und das Glend und die Noth wird anwachsen. An stelle des Schutzes erhalten aber die Arbeiter die Umsturzvorlage.

**In dem Jahresbericht der Handelskammer zu Gesehmünde**, dessen erster Theil mit dem 1. Januar erschienen ist, gewinnt eine Vorstellung an die Regierung, welche die Einführung der Fischdampfer-Mannschaften in die See-Unfall-Versicherungsgesellschaft befürwortet. Gerade jetzt besonders Interesse, wo nach den Stürmen des 22. und 23. Dezember allein von der Unterweser 5 Dampfer mit einer Besatzung von 51 Personen, darunter 30 verheiratheten Männern, so gut wie sicher zerschellt und mit Mann und Maus untergegangen sind. Die im Fischereibetrieb Angestellten sind bekanntlich noch nicht versicherungspflichtig und sollen erst nach dem Entwurf des erweiterten Unfall-Versicherungsgesetzes einbezogen werden. Die Handelskammer vertritt entgegen dem Entwurf der Regierung den Standpunkt, daß diese Mannschaften bei der großen Bedeutung, welche die Hochseefischerei mit Dampfern in den letzten Jahren gewonnen hat, nur der Seeeunfall-Versicherungsgesellschaft angeschlossen werden können, nicht der zu bildenden allgemeinen Versicherungsgesellschaft, in der sich alle diejenigen Berufsarten vereinigen finden, die sonst nirgends untergebracht werden können. Vor allen Dingen thut, wie die jüngsten Ereignisse beweisen, eine schleimige Abhilfe nach der einen oder anderen Richtung hin hier dringend Noth. Jetzt sind die Hinterbliebenen der Unglücklichen auf die Privatwohlthätigkeit angewiesen; es ist aber die Pflicht des Staates, hier so schnell wie möglich einzugreifen und eine Abhilfe des gegenwärtig bestehenden unheilbaren Zustandes herbeizuführen.

**Zur Erweiterung der Unfallversicherung** hat der Gewerbeverein zu Plauen auf Veranlassung der dortigen Gewerkschaft Stellung genommen. Der Gewerbeverein ist zu dem Ergebnis gelangt, daß der Ausdehnung der Versicherungspflicht auf das Kleingewerbe und den Handel vorbehaltlich der Erfüllung gewisser Wünsche im allgemeinen zuzustimmen sei. Von der Versicherungspflicht wünscht man aber diejenigen Berufs-zweige ausgeschlossen, die, wie das Kleingewerbe der Schneider, Schuh- und Handschuhmacher, Hausweber und ähnliche Betriebe, mit einer eigentlichen Unfallgefahr nicht verbunden sind. Weiter wird es für nothwendig erachtet, daß die Kleinbetriebe, sowohl die bereits der Versicherungspflicht unterliegenden, als auch die noch versicherungs-

pflichtig zu machenden, in besonderen Berufsgenossenschaften organisiert werden. Begründet wird diese Forderung mit der größeren Unfallgefahr in den Großbetrieben und der dadurch entstehenden höheren Belastung der kleinen Betriebe gegenüber den großen. Da die jährlichen Verwaltungskosten mancher Berufsgenossenschaften zuweilen bedeutend mehr erforderten, als von diesen an Renten in einem gleichen Zeitraum überhaupt gezahlt worden sind, so hält man die Festlegung gewisser Verwaltungsvorschriften für unerlässlich. Schließlich wird die Festlegung der Bestimmung des § 5 Absatz 9 des Unfallversicherungsgesetzes, die namentlich das Kleingewerbe schwer zu belasten geeignet sei, verlangt. Nach dieser Bestimmung wird das Krankengeld eines Verletzten von der fünften Woche ab auf zwei Drittel des Arbeitslohnes festgesetzt. Für die etwaige Differenz zwischen dem niedrigeren Krankengeld und den zwei Dritteln des Arbeitslohnes hat der Unternehmer aus eigenen Mitteln aufzukommen. Die Last soll auf die Genossenschaften übertragen werden. — Ueber alle diese Forderungen ließe sich, so bemerkt hierzu die „Leipziger Volkszeitung“, bis auf die, daß die weniger der Unfallgefahr ausgesetzten Kleingewerbe von der Versicherungspflicht ausgenommen werden sollen, reden. Am besten freilich wäre es, wenn, wie es von sozialdemokratischer Seite angeht, die ganze Versicherungsgesetzgebung — Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung — vereinheitlicht würde.

## Gewerkchaftliches.

**Achtung, die Gewerkschaften der Schlächter, Kaufleute, Bureauarbeiter, Uhrmacher, Bildhauer, Rahmenmacher, Pojamantierarbeiter, Tapetenfabrikations-Arbeiter, Gärtner, Seiler, Musiker, Kutscher, Mosaiskfließenleger, Zwieler und Schafstärker!** Bis zum heutigen Tage sind die von der Gewerkschafts-Kommission zum Zweck der Ausnahme einer allgemeinen Gewerkschafts-Statistik für Berlin ausgegebenen und versendeten Fragebogen noch nicht auf dem Gewerkschafts-Bureau, Grenadierstraße 10, abgeliefert. Sollten die Fragebogen von diesen Gewerkschaften nicht bis zum 12. Januar abgeliefert sein, so müssen diese Gewerkschaften aus der Zusammenstellung ausgeschlossen werden. Fragebogen sind auf dem Gewerkschaftsbureau zu haben.

**Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission.**

**Der Ausstand der Waffenfabrikarbeiter** der Firma Pieper in Rüttich ist beendet. Innerhalb einiger Tage wird ein Minimallohn festgesetzt werden. Lohnzüge wurden nicht vorgenommen. Die Vertheilung der Arbeit unter die Arbeiter soll in besonderer Weise geregelt werden.

**Die Schornsteinfeger-Gehilfen in Triest** haben heute wegen Lohn Differenz die Arbeit eingestellt.

**Der Berliner Bierboikott und die organisierte Arbeiter-Schaft** — war das Thema, mit dem sich eine öffentliche Versammlung der Brauerei-Arbeiter in Gesehmünde beschäftigte. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt des Referenten Genossen Wiehle-Hannover, den Vorsitzenden des Verbandes der Brauerei-Arbeiter, der die Beendigung des Bierboikotts als einen „zweifellosen Sieg der Arbeiter“ bezeichnete. Die anwesenden Brauerei-Arbeiter beschloffen, sich dem Verbands anzuschließen und zu diesem Zwecke eine Zahlstelle in Gesehmünde zu gründen. Auf Vorschlag wird eine aus 4 Mann bestehende Kommission gewählt, 2 aus Bremerhaven, 1 aus Lehe und 1 aus Gesehmünde, welche die Vorarbeiten zur Gründung einer Zahlstelle des Verbandes zu erledigen hat. Verschlossen wird hierauf, die regelmäßigen Sammlungen fortzusetzen zu lassen; von dem Gelde soll ein Theil zur Unterstützung der noch ausgesperrten Bierbrauer und Hilfsarbeiter, und der andere Theil zur Unterstützung der Familien, deren Ernährer bei dem letzten Sturm auf See in Ausübung ihres Berufes den Tod gefunden haben, verwendet werden.

**Ein Verbandstag der Bauarbeiter-Vereine Oesterreichs** fand zum ersten Male zu Weihnachten in Wien statt. Delegierte waren anwesend von sämtlichen Bauarbeiter-Organisationen Wiens, dann aus Prag, Graz, Reichenberg, Mannersdorf, Pilsen, Linz, Meran und Bozen.

## Depeschen.

**Wolff's Telegraphen-Bureau.**  
**Wien**, 8. Januar. Im Landtage von Krain wurde ein Antrag auf Diskussion der Reichraths-Wahlreform eingebracht, in welchem das allgemeine direkte Wahlrecht mindestens in den Landgemeinden, Städten und Märkten verlangt und gegen die Vereinigung von Nichtarbeitern und Arbeitern in einer Kurie Verwahrung eingelegt wird.

**Brüssel**, 8. Januar. Repräsentanten-Kammer. Der Progressist Vorand theilte mit, er beabsichtige die Regierung über das Gerücht von der Uebernahme des Kongofaates durch Belgien zu interpellieren. Die Regierung möge für die Interpellation genau und baldigst einen Termin festsetzen, um der durch jenes Gerücht hervorgerufenen ungelassen Börsenspekulation ein Ende zu machen. Der Minister des Innern de Burlet nannte Dienstag als Termin. Die Regierung werde vielleicht der Interpellation durch eine Mittheilung in dieser Angelegenheit zuvorkommen, Vorand werde in diesem Falle benachrichtigt werden. Dejuisseaux (Sozialist) wünschte, daß die Regierung der Kammer über den Kongofaate die nöthigen finanziellen, geographischen und statistischen Mittheilungen zur Verfügung stelle. Die Minister des Innern und des Auswärtigen versprachen, alle für die Kammer wünschenswerthen Mittheilungen zu machen.

**London**, 8. Januar. In Blackburn brach gestern Nachmittag die Eisdecke eines Sees in dem Queens-Park. Gegen 60 Personen, meistens Kinder, stürzten ins Wasser, doch konnten alle gerettet werden mit Ausnahme einer Frau, deren Leiche später gefunden wurde.

**Bilbao**, 8. Januar. Auf der Telegraphenstation Sefas (?) wurden durch ein Dynamitattentat beträchtliche Verwüstungen angerichtet. Verluste an Menschenleben sind nicht zu bezagen.

**Rio de Janeiro**, 7. Januar. Infolge einer durch Feuer hervorgerufenen Explosion auf einem Vergnügungsdampfer im Hafen von Nictheroy sind 120 Personen ertrunken.

**(Deveschen-Bureau Gerold.)**

**Antwerpen**, 8. Januar. Die heutige Vormittags-Sitzung im Prozesse der Frau Joniaux währte bis 12 1/2 Uhr. Der Präsident stellte an alle Angeklagte ca. 200 Fragen über ihre finanziellen Verhältnisse, um zu erfahren, ob sich die Angeklagte in unehrlicher Weise Gelder zu beschaffen suchte. Die Angeklagte, welche gestern sehr niedergeschlagen gewesen war, antwortete heute auf alle Fragen mit überraschender Ruhe und Sicherheit. Man ist allgemein der Ansicht, daß eine Verurtheilung der Frau Joniaux wegen Mangel an Beweismaterial nicht wird erfolgen können. Mehrere Damen, welche durch besondere Günst Zutritt zu den Verhandlungen erlangt hatten und zur Beobachtung der Angeklagten Ferngänger gebrauchen wollten, wurde dies vom Präsidenten untersagt.

**Kairo**, 8. Januar. Bei Kassala tam es zwischen Italienern und Deutschen zu einem ernstlichen Zusammenstoß. Die ersteren behaupteten unter schweren Verlusten den Platz. Die Egyptianer wollten eine Demonstration gegen Longala vornehmen, um die Derwische von Kassala zu enternen.

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

9. Sitzung vom 8. Januar 1895. 2 Uhr 20 Min.  
Am Bundesratsstische: v. Bötticher, v. Marschall, Bronsart v. Schellendorf, v. Schönbstedt, v. Köller, Niederding.

Der Präsident von Levetzow: Ich wünsche den Herren Abgeordneten ein gutes neues Jahr (Beifall) und eröffne die Sitzung.

Abg. Prinz Hohenlohe theilt mit, daß er zum Legationsrath ernannt sei, ohne daß ihm ein Amt übertragen sei. Das Schreiben wird durch Kenntnismahme für erledigt erklärt.

Darauf wird die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. Änderung und Ergänzung des Straf-Gesetzbuchs, des Militär-Strafgesetzbuchs und des Gesetzes über die Presse fortgesetzt.

Abg. Auer (Soz.): Ueber die Entziehungsurache dieser Vorlage zirkuliren verschiedene Gerüchte. Daß sie nicht eine bestellte Arbeit der Großindustriellen und des Herrn v. Stumm ist, hat uns dieser durchschlagend bewiesen, als er versicherte, daß, wenn er eine solche Vorlage ausgearbeitet hätte, sie ganz anders ausgefallen wäre. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein so wahres Wort hat Herr v. Stumm selten ausgesprochen. (Heiterkeit.) Andererseits wurde die Vorlage als die Flagge bezeichnet, unter welcher die Kontrebande des Kampfes gegen den Grafen Caprivi eingeschmuggelt werden sollte. Sogar die offiziöse Presse wie der „Hamb. Korr.“ sprach diese Auffassung aus. Eine dritte Meinung über die Entziehungsurache der Vorlage fand und findet noch heute sehr starken Glauben, daß nämlich die Umsturzvorlage bei ihrer Ablehnung einen Vorwand zur Reichstagsauflösung abgeben soll, um durch Neuwahlen neue Steuern und damit die Mittel zur Umwandlung der Halb-Bataillone in ganze Bataillone zu erhalten. (Hört! hört! links.) Welche dieser Versionen richtig ist, wissen wir nicht, nur die erste hat Herr v. Stumm in ausreichender Weise widerlegt.

Die Motive der Regierung führen dieselben Gründe an wie bei der ähnlichen Vorlage von 1878. Der Reichstag hat sie damals mit wenig Respekt abgelehnt. Für den entscheidenden Paragraphen erhob sich nicht eine Partei, von den Konservativen bis zu den Sozialdemokraten. Einstimmig meinte der Reichstag, daß die Regierung mit der Änderung des § 130 des Strafgesetzbuchs zu weit gehe. Die Regierung erklärt jetzt wiederum, wie 1878, die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs für nicht ausreichend gegen gewisse destruktive Tendenzen, das Strafgesetzbuch stamme aus einer Zeit, wo man noch vertrauensvoll auf die Entwicklung der Verhältnisse hinblickte. Heute denke man darüber anders. Als 1870/71 das Strafgesetzbuch Gesetz wurde, herrschte noch der Geist der Humanität, so daß eine große Zahl der einflussreichsten Volksvertreter und Parteien sogar die Hinrichtung befehligen wollte, und es bedurfte des ganzen Einflusses des Fürsten Bismarck, um das Köpfen und Hinrichten wieder in das Strafgesetzbuch zu bringen. Wollte heute jemand die Befestigung der Todesstrafe beantragen, ich glaube, er läme in Costan's Panoptikum. (Heiterkeit.) Das Köpfen und Hinrichten gehört mit zu den unentbehrlichen Staatseinrichtungen des Deutschen Reiches. Das ist der Fortschritt! Die Motive haben recht, der pessimistische Geist hat die frühere vertrauensvolle Auffassung völlig abgelöst.

Die Motive weisen wieder auf die Fürsorge der Regierung für die arbeitenden Klassen im Kampfe um deren Existenz hin. Ich darf ja hier nicht behaupten, daß die Regierung damit etwas wider besseres Wissen behauptet, aber ich kann auch nicht dafür stehen, daß nicht weite Kreise des arbeitenden Volkes die Empfindung haben, daß diese Behauptung den Thatsachen widerspricht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vergleichen Sie nur damit die Lohnkürzungen, die Arbeitszeitverlängerung, die Beaufsichtigung und die Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit der Arbeiter in Staatswerkstätten, das Vorgehen gegen die Gewerkschaften in Sachsen und Bayern, die Auflösung derselben, die künstliche Auslegung der Gesetze, um die Arbeiter an der Benutzung des Koalitionsrechtes zu hindern, die Unterdrückung der Lohnbewegung im Saarrevier und selbst die Veseitigung der ungeschuldeten Organisationen, der christlichen Vergarbeitervereine in Westfalen, die mit Umsturz und Sozialdemokratie absolut nichts zu thun haben. Auch diese Vorsehungen haben Widerspruch in den Kreisen gefunden, auf die Herr v. Stumm Einfluß hat. Was Herr v. Stumm und seine Freunde nicht wollen, will ja auch die Regierung nicht. Die Motive weisen wieder auf die Wohlthaten der Sozialreform hin. Wie kann man nur diese, die doch dem Arbeiter nur das Aller selbstverständlichsche garantirt, als eine besondere Wohlthat herauspicken? Sie entschädigt die verlorenen gesunden Knochen des Arbeiters höchstens nur mit zwei Dritteln des Arbeitsverdienstes. Das zeugt von der Fürsorge der maßgebenden Kreise für die Arbeiter! Man thut so, als sei es wunder was für eine Wohlthat für den Arbeiter, der einen Arm, ein Bein oder ein Auge verliert und dafür eine Entschädigung erhält. Das sind alles Kleinigkeiten oder selbstverständliche Dinge, was in der Kranken- und Invalidenversicherung dem Arbeiter gewährt wird. Das einzige Gute an dieser Gesetzgebung ist, daß dem Arbeiter solche Unterstützung als ein Recht gewährt und ihm nicht zugleich die Schwach angethan wird, daß man ihn deshalb seiner politischen selbstbürgerlichen Rechte entleidet. Das ist aber wiederum so selbstverständlich, daß Sie keine Veranlassung haben, sich damit zu brüsten.

Der Staatssekretär des Reichsjustizamts hat uns in seiner Rede vor Witznachen den Rath gegeben, wir möchten die Vorlage leidenschaftlos und ohne Pathos besprechen. Zu der Zeit, als Herr von Puttkamer am Bundesratsstische seinen langen Vortritt (Unruhe rechts) waren wir an eine ganz andere Sprache gewöhnt. Den Rath des Herrn Staatssekretärs zu befolgen wird mir doch etwas schwer. Ich befinde mich in der Lage des Hühns, dem ein menschensfreundlicher Koch, ehe er es schlachtete, die Wahl stellte, ob es lieber gelocht oder gebraten werden wolle. Wir sollen ja nicht gerädet oder gelüpft werden nach dieser Vorlage, aber weit davon ist es auch nicht. Der Staatssekretär hat weiter bestritten, daß die Vorlage sich ausschließlich gegen die Sozialdemokratie richte. Ich will gern glauben, daß er davon überzeugt ist, aber sein Glaube ist noch kein Beweis dafür, daß andere diesen Glauben haben. Gebrannte Kinder scheuen das Feuer, Herr v. Bennigsen hat am 10. Oktober 1878 auch gesagt, das Sozialistengesetz sei nicht gegen bestimmte Klassen der Bevölkerung oder gegen bestimmte Parteien gerichtet. Aber ich frage Sie: wie ist das Gesetz angewendet worden? Sobald das Gesetz gegen Nicht-Sozialdemokraten angewendet wurde, fand dies den offensten Widerspruch der gesammten bürgerlichen Presse, und der Parteigenosse des Herrn von Bennigsen, der Prof. Gneist, schrieb in einer Broschüre, daß es sich bei der Handhabung des Sozialistengesetzes viel weniger um die That handle, als um den, der sie ausführe. Es kann also dieselbe Handlung bei einem Nicht-Sozialdemokraten ungeschoren

bleiben, welche bei einem Sozialdemokraten strafbar ist. Der Staatssekretär hatte schon im alten Reichstage Gelegenheit mir zu antworten. Es drehte sich damals um den Versuch der sächsischen Behörden und Gerichte, die Verbreitung von Wahlflugchriften, da sie nach den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung nicht inbibirt werden kann, aufgrund des Groben- und Unflug-Paragraphen zu hindern. Der Staatssekretär führte damals aus, daß in der Flugblätterverbreitung allein, wenn sonst nichts vorliege, niemals das Moment einer strafbaren Handlung erblickt werden könnte. Die sächsischen Gerichte haben sich nicht im mindesten um die Aeußerung des Staatssekretärs gekümmert. Freilich Flugchriften zur Reichstagswahl können ganz ungenirt verbreitet werden. Ueber die Reichstags-Wahlen haben wir hier das letzte Wort mitzusprechen und die sächsischen Gerichte und Behörden wissen sehr gut, daß wir auf solche Praktiken hin die betreffende Wahl loslösen würden. Handelt es sich aber um Flugblätter zu den sächsischen Landtags-Wahlen, wo die Herren Adernann und Genossen die entscheidende Rolle haben, da kann man sich natürlich solche Späßen erlauben und daran werden die Ausführungen des Staatssekretärs nichts ändern. Und so beschränke ich denn mit meinen Freunden, ob später auch bei diesem Gesetz irgend ein Gericht oder ein Staatsanwalt sich noch um das kümmern wird, was während der Staatssekretär Niederding hier gesagt hat. Der Staatssekretär hat den Beweis nicht führen können, daß die Strafen gegen die Sozialdemokraten sich vermehrt haben. Die Zuchthausstrafen, von denen er sprach, sind gegen die sogenannten Anarchisten verhängt worden, welche bekanntlich die heftigsten Gegner der Sozialdemokratie sind. Auch dies mal haben wieder die alten Zitate wie zur Zeit des seligen Puttkamer herhalten müssen. Im stenographischen Bericht der Rede des Staatssekretärs heißt es — es ist vielleicht ein böser Druckfehler — daß Krapotkin in einer Broschüre ausgeführt habe, alle Religionen seien auf „Lug“ gegründet. Im Original aber steht, alle Religionen sind auf „Blut“ gegründet und aus dem Zusammenhange ergibt sich, daß damit der Opfergedanke gemeint ist. Der Ausdruck „Blut“ ist also gar nicht im bösen Sinne gemeint. Im übrigen konstatire ich, daß der Staatssekretär aus unserer gesammten politischen, gewerkschaftlichen u. s. w. Presse auch nicht ein einziges Zitat hat vorbringen können zur Begründung der Vorlage. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Er hat ein polnisches Flugblatt angeführt, welches die große Mehrzahl der Reichstags-Abgeordneten gar nicht lesen und nicht erkennen kann, wie sich die betr. Stelle im Zusammenhange ausnimmt. Es soll in dem Flugblatt stehen, daß die Herren die Arbeiter beschlehen. Damit ist aber nicht gesagt, daß die Herren die Arbeiter persönlich beschlehen, sondern nur, daß sie sich das Produkt ihrer Arbeit aneignen, und das verstehen alle Herren, deutsche und polnische. Als dem Staatssekretär bei den Zitaten entgegen-gesetzt wurde, daß seien alles alte Kamellen, meinte er, auch der Dolch sei ein altes Mittel und doch würde er auch heute angewendet. Ja, wenn man alles, was zu irgend einer Zeit revolutionäres und Aufreizendes geschrieben worden ist, auf das Konto der Sozialdemokratie setzen will, wo soll man da anfangen und wo aufhören? Da hätte der Staatssekretär, statt sich auf Krapotkin und Bakunin zu berufen, es viel einfacher gehabt, den bekannten Brief des preussischen Finanzministers zu zitiren, der in unserem Kölner Parteiprotokoll abgedruckt worden ist, in welchem die Forderungen der Revolution, die Organisation von Bauern-aufständen und überhaupt die Ausweitung der Mittel nach dem gegebenen Zweck empfohlen wird. (Nedner zitiert die Miquel'sche Rede.) Will man uns nicht beurtheilen nach dem, was wir thun, sondern nach dem, was zu allen möglichen Zeiten schlimmes geschrieben und gesagt worden ist, dann sind wir freilich rettungslos verloren. Bei der Durchmusterung der Verhandlungen über das Sozialistengesetz 1878 sind mir sehr bekannte Züge aus dem Reichstage mit Zitaten begegnet, so revolutionär, daß Krapotkin und Bakunin ganz dahinter zurücktreten. Was hat nicht allein Ludwig Bamberg in seiner revolutionären Zeit alles zusammengeschrieben! Er ist nicht mehr unter uns, aber drei andere sind noch hier! Die werden sich jetzt wohl in ihr Inneres juridizieren und sagen: Wenn jetzt der Auer auspacken möchte, läßt du schlecht weg! (Große Heiterkeit.) Ich habe diese Absicht nicht, ich konstatire nur, daß in der 1848er Zeit, wo diese Männer noch Ideale hatten, das Wort nicht auf die Waagschale gelegt wurde. Das ist eben zu allen Zeiten so gewesen. Nedner zitiert eine Flugchrift aus der Reformationszeit, in der die Reichen und Mächtigen verflucht werden, weil sie den Armen das Brot aus dem Weinen schinden, ihnen weder Brot, noch Salz, noch Schmalz lassen und jede Auf-lehnung gegen ihr heidnisches, unchristliches Thun mit Köpfen und Biertheilen beantworteten. Wie kommt man also jetzt mit einem Male dazu, so empfindlich zu sein und zugleich um mit Dingen aufzuwarten, für die wir jede Verantwortung ablehnen müssen! Herr Niederding brachte nun auch aus seinem Zitatensack die „Freiheit“ hervor, ein Blatt, dessen Verbreitung in Deutschland zu verhindern die Polizei heute vergeblich sich bemühe. (Aha! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Letzteres ist nicht zu allen Zeiten so gewesen. Dafür nur zwei drastische Beispiele. Das ältere, der Fall Haupt-Schroder ist seinerzeit im Reichstage von Bebel und Singer erörtert und es ist dabei nachgewiesen worden, daß Gelder aus geheimen Fonds der preussischen politischen Polizei zum Druck und zur Herstellung der „Freiheit“ benutzt wurden, welche damals schon immer so „gefährlich“ war wie heute. Ich lese sie heute nicht, ich weiß nicht, ob irgend einer meiner Fraktionsgenossen sie zu Gesicht bekommt; ich vermute, daß mit Ausnahme der Polizei sehr wenige in Deutschland sind, die das Risiko auf sich nehmen, sie überhaupt zu lesen.

Ein neueres Beispiel ist nicht weniger charakteristisch. Die „Freiheit“ spielte in den Zeiten des Sozialistengesetzes eine Rolle in den Reichstags-Verhandlungen und ist in den Denkschriften zur Rechtfertigung der Verhängung des kleinen Belagerungsstandes oft erwähnt. In der Denkschrift vom 19. November 1885 wird angeführt, daß die „Freiheit“ in 5000 Exemplaren herauskomme, von denen nur 500 in Amerika bleiben, während die übrigen weit ohne jede Aussicht auf Bezahlung nach Europa kommen, um auf den verschiedensten Wegen nach Deutschland und Oesterreich eingeführt zu werden. Diese Thatsache wurde damals für die Nothwendigkeit der Verlängerung des kleinen Belagerungsstandes verwerthet. Nun hat Ende März 1894 in Elberfeld eine Gerichts-verhandlung stattgehabt, die den Sozialdemokraten Krewinkel betraf, der der Polizei vorgeworfen haben sollte, sie habe mit Hilfe eines sehr anrüchigen Subjekts die „Freiheit“ eingeschmuggelt. Der erste Zeuge, ein Polizeikommissar, jetzt Polizei-Inspektor, aus Kachen, giebt zu, von dem betreffenden Subjekt, einem Herrn Kuhn, wiederholt die Moskische

„Freiheit“ und den „Sozialdemokraten“ erhalten zu haben. Der habe sich der Polizei angeboten. Zeuge Kuhn giebt dann zu, daß er die beiden Blätter von Verdiers nach Kachen gebracht, und auf Vorkhalt des Präsidenten auch, daß er für die Ueberbringung Geld erhalten habe. Frauen hätten die Blätter unter ihren Röcken, in einem Falle sogar unter Bindeln verborgen zu ihm in die Wohnung geschafft. Die im letzteren Fall betheiligte Frau sagte aus, daß Kuhn mit den Blättern fortging, nach langem Ausbleiben wiederkam, mit der Frau die Strafe betrat, in einem Zigarrenladen verschwand, indes die Frau verhaftet und auf die Polizei geführt wurde, wo die von ihr gebrachten Blätter lagen. Wer hat also diese staatsgefährlichen Blätter nach Deutschland hereingebracht? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und Herr Kuhn war ein mit Zuchthaus bestrafftes Subjekt.

Es wurde nun nicht bloß auf ausländische Blätter exemplifizirt, sondern es wurden auch einige in Deutschland erscheinende Blätter, z. B. „Der Sozialist“ angeführt. „Der Sozialist“ zu vertheidigen, haben wir keinen Anlaß. „Der Sozialist“ ist unter Zustimmung aller bürgerlichen Parteien von den Jungen gegründet, um unserer Partei Knüttel zwischen die Füße zu werfen und uns zu schädigen. Wenn er heute den Herren unbehagen wird, so hat es eine Zeit gegeben, wo sie ihn sehr gern gesehen haben. Wenn er heute aus Gründen konfiszirt wird, die selbst kein Jurist einzusehen vermag, so geschieht das erst, seitdem er mit seinen persönlichen Angriffen gegen uns aufhört. In Nr. 44 von 1893 befindet sich ein Aufruf an die Metallarbeiter zu einer Versammlung, welcher von einem gewissen Brandi unterzeichnet ist und in dem von der Korruption der sozialdemokratischen Partei die Rede ist und eine recht bedenkliche Sprache geführt wird. Dieser Brandi hat wenige Wochen später vor Gericht zugeben müssen, daß er hierfür von der Polizei mit 95 M. honorirt worden ist. (Hört, hört! links.) Der „Hann. Courier“ und die „Leipziger Zeitung“ haben oft genug ausgeführt, daß ihnen der Anarchismus eines Noth viel lieber sei, als die Sozialdemokratie, weil dort wenigstens offen ausgesprochen sei, was man wolle. Die „Leipziger Zeitung“, das königlich sächsische Organ gab kürzlich noch der „Kreuz-Zeitung“ vollständig recht, welche geschrieben hatte, es seien, um England zu einer internationalen Vereinigung gegen die Usturzparteien zu veranlassen, noch einige Attentate nothwendig. Die Vorlage wird damit begründet, daß die Einwanderung ausgewiesener Anarchisten und die anarchistischen Bibliotheken wieder zunehmen sollen. Die in Deutschland hergeschickten Exemplare sind meist wesentlich abgeschwächt, und wenn sie trotzdem unter das Strafgesetz fallen, so ist das eine Sache für sich. Die Verbreitung anarchistischer Broschüren und Schriften würde durch dieses Gesetz weder unterdrückt noch hintangehalten werden, da die Blätter heimlich verbreitet werden, und wie das geschieht, dafür habe ich Ihnen ja einen sehr drastischen Beweis gegeben. Nach wie vor würde das geschehen; im Auslande würden sie hergestellt und nach Deutschland eingeführt werden. Der Klub der Autonomie in London ist, wie alle Welt weiß, ein Klub von Spiegeln; der Klub ist aufgelöst, trotzdem erscheinen seine Produkte weiter. (Jurist des Staatssekretärs Niederding: Die sind verrückt!) Jawohl, so ver-rückt, daß der Herr Staatssekretär sie uns nicht vertrauen kann. Der Herr Staatssekretär nicht. (Heiterkeit.) Sie sind Aus-gedurten kranker Gehirn und werden es immer bleiben.

Sind die Umsturzbestrebungen nur dann schlimm, wenn sie von Arbeitern ausgehen? Wir haben in lechter, alternativer Zeit noch solche Aeußerungen gehört aus Kreisen, die mit den Arbeitern und der Sozialdemokratie gar nichts zu thun haben. Herr v. Bötticher hat es für nöthig gehalten, das Gericht, das in vielen Kreisen geglaubt wurde, zu dementiren, nach welchem Graf Eulenburg Anschauungen vertreten hat, die auf eine Revolutionierung der ganzen Staatsform hingen. Das solches geglaubt werden konnte, ist schon charakteristisch für unsere Zustände, und was Graf Eulenburg nicht gethan hat, werden andere Leute ganz ungenirt thun. Ich erinnere nur an die Schrift von Constantin Röbber und an die Vorträge des Herrn von Blumenthal in Sachsen, welche ganz offen den Staatsstreich verlangt haben. Während bei uns Versammlungen aufgelöst werden, wenn nur einer einmal etwas stark nicht, (Heiterkeit) sagt hier niemand ein Wort. Unser früherer Kollege, der Hofprediger a. D. Stöcker, schreibt in seiner Kirchenzeitung einen Artikel, der überschrieben ist, „Zum Kampf!“ und äußert sich darin über die Mittel, die angewendet werden müssen, um diesen stürmischen Reichstag zur Ordnung zu bringen, und wenn diese nicht helfen, dann müsse die Reichsverfassung und das Reichstags-Wahlrecht geändert werden. Der Staatsstreich macht ihm keine Kopfschmerzen, da ja die Reichsverfassung nicht beschworen sei. Vielleicht hat er die stille Hoffnung, daß a. D. los zu werden und wieder in den Dienst zu kommen. Ich habe nicht die Auffassung, daß die Reichsverfassung und das Wahlrecht in Hand-umdrehen geändert werden können, einer Laune folgend, die das Ergebnis eines Jagdausfluges ist. (Zustimmung links.) Wenn das in konservativen Kreisen gesagt werden kann, dann lassen Sie nur Krapotkin und Bakunin ruhen. (Zustimmung links; Heiterkeit.)

Nach der Rede des Staatssekretärs scheint das Strafgesetzbuch nicht mehr anzuzureichen. Die Anarchisten Schewe und Dräger sind aber zu 12 Jahren Zuchthaus bzw. 5 Jahren Gefängnis verurtheilt worden. 12 Jahre Zuchthaus sind doch auch kein Kinderpiel. Das ist fast ebenso viel, als wenn einer auf Lebenszeit eingeschlossen wird, denn 12 Jahre Zuchthaus auszuhalten, dazu gehört eine besondere Natur. Und was hatte er gethan? Er wurde häufig von Geheimpolizisten verfolgt, und bei einer solchen Gelegenheit hatte er einen Revolver in der Tasche, er zog ihn und schoß auf die Verfolger. (Bewegung.) Gewiß muß dieses Vergehen seine Ahndung finden. Eine schwere Verwundung ist aber nicht erfolgt, nur ein Polizist wurde am Arm verletzt. Auch das ist schlimm. Aber wenn sie nicht Anarchisten gewesen wären, wenn gegen sie nicht der politische Haß vorhanden gewesen wäre, wenn es sich vielleicht um Berliner Zuhälter gehandelt hätte, wie sie hier alle Tage mit der Polizei in Karambolage gerathen, wobei die bösesten Schlägereien vorkommen, wäre keineswegs auf Zuchthaus erkannt worden. Daraus geht hervor, daß die heutige Gesetzgebung schon die schärfsten rückhaltlosesten Handhaben bietet, um solche Handlungen weit über das normale Maß hinaus zu bestrafen. Dasselbe gilt vom „Sozialist“. Er besteht seit 3 Jahren, und ist 1892 achtmal konfiszirt, seine Redakteure erlitten 5 Monate Gefängnis. 1893 wurde er vierzehnmal konfiszirt, seine Redakteure erhielten Strafen von 11 Monaten, 1894 ist er siebenmal konfiszirt und gegen die Redakteure sind 49 Monate Gefängnis erkannt worden. „Es muß etwas geschehen“, erklärte Herr von Bennigsen, „so kann es nicht weiter gehen.“ Was ist denn passiert, seit wir den Antrag Rahn wegen des Oesterreich-monopols behandelten? Damals kam Herr v. Bennigsen auch

auf uns, die verehrten Herren von der äußersten Linken, wie er uns immer nennt, zu sprechen und sagte, daß wir auf dem besten Wege seien, eine radikale Arbeiterpartei zu werden, wie man sie in England auch kenne. (Hört! Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Und Herr Liebermann von Sonnenberg, dessen Urtheil und ebenso gleichgültig ist, wie sein Pathos überflüssig ist, hat unter großem Beifall erklärt, wir seien gar keine Revolutionäre, Revolutionäre in Schlafrock und Pantoffeln seien die Rebel, Singer & Co. Was ist nun mit einem Mal geschehen, daß etwas geschehen muß? (Rufe links: Bierbockst!) Wir sind geblieben, was wir waren, und werden bleiben, was wir sind. Wir haben das Sozialistengesetz ausgehalten, wir hatten auch das Umsturzgesetz aus. Sie können machen, was Sie wollen, uns ändern Sie nicht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Daß der Bierbockst die Vorlage veranlaßt hat, kann doch niemand ernsthaft glauben. Es ist etwas anderes. Wir leben in allgemeiner Erregung und Aufrührung, es fehlt das Vertrauen zu den bestehenden Dingen; das hin und her, heute so, morgen anders, diese allgemeine nervöse Erregung hat sich weiter kreise bemächtigt. Nicht weil wir uns geändert haben, sondern weil Sie das Vertrauen zu sich selbst verloren haben, muß etwas gemacht werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die nervöse Unruhe, das Gefühl, daß alles schwankt, daß oben und unten die Stützen locker geworden sind, treibt dazu, wieder einen Prügelschlag zu suchen, und das sollen wieder die ärmsten, die arbeitenden Klassen sein, die durch die Geißel des Strafgesetzbuches getroffen werden sollen.

Ich werde nunmehr die einzelnen Paragraphen durchgehen. (Große Unruhe rechts.) Das wird sehr lange dauern; ich kann aber doch dasselbe thun, was der Staatssekretär gethan hat. (Große Unruhe rechts; verschiedene Abgeordnete verlassen den Saal.)

§ 111a bestraft den, der gewisse Vergehen anpreist oder als erlaubt darstellt, und nach den Motiven soll auch die Entschuldigung solcher Vergehen strafbar sein, weil dabei zwar häufig die Gefährlichkeit der Handlungen nicht in Abrede gestellt wird, aber diese doch vom Standpunkt einer angeblich höheren Weltanschauung entschuldigt und beschönigt werden. Manches Verbrechen ist mit dem Tode gesühnt worden und galt nachher doch als heroische That. Graf Andrássy ist wegen Theilnahme am ungarischen Aufstand 1848 zum Tode verurtheilt worden und wurde später Reichskanzler. Ähnliche Beispiele lassen sich zu Dutzenden anführen, ich erinnere an Robert Blum, Garibaldi und den Buchhändler Palm. Dieser Paragraph könnte auch das ganze Koalitionsrecht der Arbeiter illusorisch machen. Unser früherer Kollege Professor v. Bar macht darauf aufmerksam, daß unter den betreffenden Vergehen auch die Erpressung einbegriffen ist und das nach der neueren Rechtsprechung in der Androhung von Streiks und Arbeitsverweigerungen eine Erpressung liegen kann, wenn dadurch höhere Löhne erzielt werden sollen. Ferner meint er, wenn die Entschuldigung gewisser Vergehen bestraft wird, solle man das Duell dabei nicht vergessen. Dieses Verbrechen ist oft, auch hier aus christlichen Munde entschuldigt worden, die herrschenden Klassen betrachten dasselbe als ihr Monopol; wie sie alle Monopole haben, so haben sie auch das Monopol des Todtschlags. (Sehr richtig! links.) In einem Gefeh auf Grund des gemeinen Rechts muß auch die Anpreisung des Duells unter Strafe gestellt werden. Für die Entschuldigung von Verbrechen ein weiteres Beispiel aus konservativen Kreisen. Ein Pastor in einem Dorfe bei Borsbich hat einem offenen Brief in einem Lehrblatt es vom christlichen Standpunkt für unrecht erklärt, die Noth einer armen Frau, deren Sohn im Walde Holz hest und sich dieses Diebstahls gar nicht bewußt ist, noch durch eine Geldbuße zu vergrößern. Das Organ der Hochzeiten, deren Redakteure zwar auch schon mit dem Strafgesetzbuch Bekanntschaft gemacht haben — das kann ja jeden Redakteur in Deutschland passieren, wenn er nicht gerade den „Neichs-Anzeiger“ verantwortlich zeichnet — die „Kreuz-Zeitung“ läge längst drin, wenn § 110a schon existierte. Sie hat den Widbruch Schil's als eine heroische That gefeiert. (Präsident v. Revesow verweist den Redner auf die Generaldiskussion.) Ich bin mit dem § 111a jetzt auch fertig.

Nach der neuen Bestimmung des § 126 soll Zucht- und Strafe eintreten, wenn die Androhung eines Verbrechens erfolgt ist in der Absicht, den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung herbeizuführen. Wie wollen die Richter eine solche Absicht feststellen? Alle Hochachtung vor unserem Richterstande, aber was die Richter alles als Absicht herauszufindern können, darüber haben wir schlimme Erfahrungen gemacht. Wer dachte daran, daß zur Zeit des Sozialistengesetzes aus dem einfachen Abonnement auf eine Zeitung ein Vergehen gegen § 121 des Straf-Gesetzbuchs: Zugehörigkeit zu einer in Deutschland verbotenen Verbindung herauszufindern werden konnte. Wer 1878 uns diese Möglichkeit vorgehalten hätte, wäre mit Recht ausgelacht worden. Welche Ungeheuerlichkeiten hat uns aber die Rechtsprechung der letzten 13 Jahre gebracht. Sind nicht von Juristen Sätze aufgestellt worden, die der gesunde Menschenverstand nicht begreifen kann?

Ebenso ist im § 129a von der Absicht des gewaltsamen Umsturzes die Rede. Wer definiert, was gewaltsamer Umsturz ist? Fragen Sie mal, was Herr von Stumm nicht alles als auf den Umsturz der bestehenden Staatsordnung gerichtete Bestrebungen betrachtet. Nicht zwei Mann hier im Hause sind gleicher Meinung darüber, worin die Absicht des Umsturzes besteht. Herr Stöder hat direkt zum gewaltsamen Umsturz angefordert. Wird deshalb ein Richter Herrn Stöder verurtheilen? Aber wir Sozialdemokraten können hundertmal erklären, daß wir nur mit gesetzlichen Mitteln unser Ziel erstreben; es hilft alles nichts. Es mag ja auch Sozialdemokraten geben, die den gewaltsamen Umsturz wollen, aber auf die Stirn ist keinem die Absicht geschrieben, und doch kann der Richter auf diese bloße Vermuthung hin die schwersten Strafen verhängen, selbst wenn nicht einmal irgend welche Verhängung einer solchen Absicht vorliegt. Da muß man unwillkürlich den Verdacht haben: Man verlangt recht viel, um nachher doch einiges zu bekommen.

Nach § 112 soll die Verleitung von Soldaten zu Umsturzbestrebungen bestraft werden, die Strafe kann also schon eintreten, wenn ein Zivilist einen Soldaten mit zu einer sozialdemokratischen Feilschkeit nimmt. Man vergißt dabei, daß tausende von Söhnen von Sozialdemokraten im Heere dienen. Der Sohn des Abg. Stolle, der zur Zeit beim Militär ist, erhielt, als er in den Weihnachtsferien nach Hause kam, von der vorgesetzten Behörde den Befehl, daß er die Wirtschaftsräume seines Vaters nicht betrete; hätte also einer von den Gästen ihn doch dazu bestimmt, in das Lokal herunter zu kommen, und mit den bekannten Gästen im Hause seines Vaters zu verkehren, der wäre mit einem Monat bis 3 Jahre bestraft worden. Muß man sich dabei nicht an den Kopf greifen und sich fragen: sind denn die da droben aus dem Häuschen gerathen? Dem Zivilisten wird es nicht leicht möglich sein, schlimme Flugblätter in die Kasernen zu bringen; denn die Soldaten sind ja von jedem Verkehr mit der Außenwelt abgeschnitten. Selbst, wenn ein solches Flugblatt einmal in die Kasernen kommen sollte, so ist das Unheil weiter nicht so groß, wie dasjenige, welches § 112 anrichten würde. Man will zwischen Nation und Armee einen Gegenfah schaffen, die Armee als etwas Besonderes hinstellen. Wenn es als selbstverständlich bezeichnet wird, daß der Soldat auf Vater und Mutter schießt, so darf man sich nicht wundern, daß

dagegen ein gewisses Grauen in den bürgerlichen Kreisen entsteht. Die äußerste Staatsräson kann so etwas rechtfertigen, aber man predige so etwas nicht! Pastor Moser in den Kläubern erklärt den Eltern- und Geschwistermord als das schwerste Vergehen, welches aber die Menschen nicht begehen. Bei solchen Aeußerungen von oben kann man sich nicht wundern, wenn auch die Unteroffiziere, deren Nothheit ja bekannt ist, mit derartigen Redensarten um sich werfen. Als ich daran dachte, daß ich eventuell auf meine alte Mutter schießen sollte, lief es mir eiskalt über den Rücken, und ich bin überzeugt, auch vielen anderen noch. (Präsident v. Revesow macht den Redner nochmals darauf aufmerksam, daß die Vorlage zur Generaldebatte stehe, nicht zur Spezialdebatte.) Die Armee müsse gegen die „inneren“ Feinde geschützt werden, heißt es. Von uns ist die Erfüllung der bürgerlichen Pflichten nie und nirgends bestritten und verletzt worden, und wenn man demgegenüber immer wieder auf den gewaltsamen Kampf, auf Blutvergießen gegen uns hinweist, so sage ich: weh' das Herz voll ist, deh' geht der Mund über. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wenn man nicht die Absicht hat, zu einer solchen gewaltsamen Auseinandersetzung hinzubringen, wir haben dazu noch keinen Anlaß gegeben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten; Ruf rechts: Doch!) Damit ist gar nichts gesagt; wer weiß, was Sie (rechts) noch alles vorhaben? (Heiterkeit.) Der öffentliche Friede soll geschützt werden. § 130 des St.-G.-B. hat aber durch ein Reichsgerichts-Erkenntnis eine Auslegung und Ausdehnung erfahren, die über alles hinausgeht, was man bisher für möglich gehalten hat. Danach verhöht schon die geschickte Benennung und Schärung einer bereits vorhandenen unzufriedenen Stimmung gegen den öffentlichen Frieden. Wozu also noch eine weitere Verschärfung?

Eine derartige Interpretation lehrt ihre Spitze auch gegen die agrarische Agitation, wie gegen jede Agitation, Religion, Monarchie, Ehe sollen gegen schärende Aeußerungen geschützt werden. Hoffentlich werden dann auch die Juden den Schutz finden, den ihnen Herr Richter bis jetzt verweigert hat angebeihen lassen wollen. (Heiterkeit.) Der antisemitischen Partei wird dann schlecht gehen. Die Herren Liberalen mögen besonders auf der Hut sei. Was die Konservativen unter Schutz der Religion verstehen, hat die „Kreuz-Zeitung“ in ihrem Artikel vom 24. November 1894 verurtheilt. Die Hauptfeinde der Religion, führt sie aus, seien die liberalen Professoren, denen es noch gestattet sei, mit Veranjung auf die Freiheit der Wissenschaft alles mit ähendem Spott zu übergießen, was dem gemeinen Mann heilig sei, und die auf diese Weise der Unterwürfungsarbeit der Umsturzpartei den Boden bereiten. Das liberale Professorenthum sei noch schlimmer als die Juden. Ich muß allerdings zugeben, daß man sich in den Kreisen der liberalen Professoren über religiöse Dinge in einer Weise äußert, welche man bei uns nicht ungekräft dulden würde. Eine von einem liberalen Professor redigirte Zeitschrift sprach neulich von dem katholischen Dogma der unbedingten Empfangnis als von einem „Märlein“.

Ich dem ein Schuß der Monarchie in unserm Wege notwendig! Es giebt in Deutschland eine große Bewegung gegen die Monarchie. Republikaner sind die Bewohner Hamburgs, Bremens und Lübeds, und die Sozialdemokraten sind nicht die einzigen, welche die Ueberzeugung haben, daß die republikanische Staatsform einen Fortschritt gegenüber der monarchischen Staatsform bedeutet, es giebt auch Bourgeois, welche derselben Ansicht huldigen. Warum laucht nun auf einmal das Bedürfnis auf, die Monarchie als Institution besonders zu schützen? Es sind allerdings angehängt des Aufstretens gewisser getränkter Häupter Erscheinungen in Europa zutage getreten, die es begreiflich erscheinen lassen, die Institution der Monarchie vor jeder Kritik möglichst zu bewahren. Ist es nicht eine Thatsache, daß Angehörige regierender Häuser in Schmutz- und Spielhöhlen und Pasterhöhlen ihr Wesen getrieben haben? Es giebt auf den Thronen Erscheinungen von einer Art, daß ihre bloße Namensnennung die Erinnerung an hederliche Subjekte erweckt. Vielleicht dürfte ich mir den Vorschlag erlauben, daß gewisse höhere Kreise eine Jynung bilden, welche die Bestimmungen des § 97 unserer Gewerbe-Ordnung sich zur Aufgabe macht: Aufrechterhaltung und Stärkung der Standesehre. Gegen das schwindende monarchische Gefühl bildet nun der sich bei uns breitmachende Sozialnismus keine erfreuliche Gegenströmung. Dieser Krebskhanen wird selbst von Blättern wie der „Kreuz-Zeitung“ und der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ gegeißelt. Die letztere sagt, wir seien auf dem schändlichsten Wege zu dem Byzantinismus orientalischen Stiles, wo man in dem Herrscher den Herrn des Himmels und der Erde erblickt. Ich glaube nicht an das sittliche Pathos, mit dem man sich immer hier als Thronhüter hinstellt. Ich kann es sehr wohl begreifen, daß die „Allgemeine Zeitung“ auf einmal von Verunstmonarchisten spricht, eine Revision der politischen Grundanschauungen wünscht und pathetisch andrust, wir bengen unsern heißen Nacken nicht unter die Selbstherrschschaft. Das wurde allerdings geschrieben zur Zeit, als die Vermögenssteuer verlangt wurde, da erinnerte sich die „Allgemeine Zeitung“ ihres heißen Nackens. (Heiterkeit.) In den Bauernversammlungen zur Zeit der Hochstuth gegen den Handelsvertrag wurde sogar von der sozialen Revolution gesprochen. Nachdem jetzt der Wechsel des Kurzes stattgefunden hat, will man wieder in die Schienen kommen und stellt sich jetzt als Populist und alleinige Stütze von Thron und Altar hin. Vor dem Kaiserwechsel hat es anders gellungen. Wenn die Bourgeois unter sich sind, dann werden auch schlechte Wiße gemacht über gewisse Persönlichkeiten. Ich erinnere an die Architekten und Künstler und ihre Wiße bei Anlaß der Einweihungsfeier für dieses Haus. Wie viel Jahre Gefängnis würden wohl verhängt werden, wenn man auf einem Arbeiterfest sich Nechliches erlaubt hätte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber freilich die Herren sind loyal bis in die Waden hinein.

Die Ehe und die Familie will man schützen; dabei führen unsere wirtschaftlichen Zustände dahin, daß die Frau in die Fabrik gedrängt wird, während der Mann arbeitslos zu Hause bleibt. Als Bebel diese Mißstände aufdeckte, da erklärte der Minister von Puttkamer, daß unter seinem Regimente Bebel niemals wieder in einer Berliner Versammlung sprechen dürfe. Die großen Gäter der Herren aus Pommern und Mecklenburg sind entstanden nur durch Bauernlegen. Da hat man tausende von Familien in ihrer Existenz vernichtet. Giebt es etwas Herabwürdigenderes für die Ehe als die gewerbmäßigen Heirathsbureaus? Davon ist in der Vorlage aber keine Rede. Die Heirathsbureaus brauchen die Arbeiter nicht; es sind die besseren Stände, die davon Gebrauch machen, wie es in den höheren Kreisen zugeht, haben wir in der jüngsten Zeit so recht erfahren. Das „Volk“ erinnert an ein gewisses Vorkommnis in Breslau. Dort ist eine Prostituirte unter Vererbung ihrer Werthsachen ermordet worden. Sie hat ihr Geschäft nicht in Arbeiterkreisen gemacht (Heiterkeit), sondern unter Angehörigen der besten Kreise. Diese Prostituirte, namens Elise Groß, ist mit allem Pomp beerdigt worden, und zwar sind die Kosten des Leichenbegängnisses von einem Grafen von Schweinitz, einem Mitglied des ältesten, schlesischen Adels getragen worden, während die Zuhälter das Geleit gestellt haben.

Gegen die Ehe aber wendet sich Herr von Stoppjan, der seinen Beamten das Heirathen verbietet. (Hört. v. Stumm: Sehr richtig!) Natürlich, Herr v. Stumm ist abg. von der Muttermensch. Noch schlimmer steht es mit den Heirathskonsensen in der Armee. Wenn der Offizier nicht das nötige Geld bei seiner Frau findet, kann er sie nicht nehmen; er heirathet also nicht die Frau, sondern die Heirathskantion. Die Heirathskantion in der Armee ist eine Einrichtung, die mit der freien Heirathswahl, auf welcher doch die Ehe basiren soll, absolut nicht harmonirt.

Auch in den Arbeiterfamilien ist nicht alles wie es sein sollte. Noch vor wenigen Wochen hatte der „Vorwärts“ Woche für Woche eine Notiz, daß die Kartonnagenfabrik Straßauerstr. 88 wegen der vorgekommenen Angriffe auf die Sittlichkeit der An-gestellten gesperrt sei. Die Polizei hat sich nicht darum gekümmert. Im „Confessionär“ war eine Annonce zu lesen: „Wir engagiren ein Fräulein mit 10 Mark Gehalt pro Monat auf ein Jahr. Die Tage, an denen sie nicht im Geschäft ist, werden abgezogen, geschieht das an, vor oder nach einem Sonntag, so wird der Sonntag mit abgezogen. Häufiges Fehlen oder Zuspätkommen sind Gründe zur Entlassung. Gegen solche Ausbeutung hat die Regierung keinen Schuß! (Zustimmung links. Oh! rechts.)

Sehr interessant sind auch die Berichte der Gewerbe-Inspektoren. Da wird berichtet: „Das Zusammenarbeiten der Arbeiter auf den Biegeleien macht sich in sittlicher Beziehung ungünstig bemerkbar. — Die Beschaffenheit der Wasch-, Ankleide- und Bedürfnisanstalten läßt in vielen Betrieben recht viel zu wünschen übrig. — Eine Reihe von Arbeitgebern glaubt genug gethan zu haben, wenn sie an einer beliebigen Stelle das Wasserleitungsrohr einen Zahn einschieben läßt, der das Wasser zum Waschen und Trinken giebt. — Das Waschen und Ankleiden der Arbeiterinnen geschieht in Gegenwart von Arbeiterinnen und jugendlichen Personen. — Es wäre also noch recht viel zu thun, um Familie und Ehe sittlich und moralisch zu schützen.“

Wie man das Eigenthum an und für sich beschimpfen kann, ist mir unerfindlich. Wohl aber giebt es gewisse Formen des Eigenthums, die man als human denkender Mensch unchieden bekämpfen muß. Und wird denn das Eigenthum immer so zweifelsohne erworben? Daß man auch nicht den Erwerb des Eigenthums durch Spiel, Wucher, Ausbeutung, Diebstahl kritisiren? Im vorigen Frühjahr war Aussicht auf eine recht reiche Ernte vorhanden. Da schrieb eine Firma: der Frost, welcher am Sonnabend und Sonntag die Felder von Ostpreußen und Mecklenburg getroffen hat, ist von unserer Börse mit einer gewissen Genugthuung begrüßt. (Hört! rechts und links. Ruf: Na na!) Ja, ich habe keinen Grund, den Namen derjenigen, die sich zu solchen Dingen hergeben, zu verschweigen; es ist die Berliner Firma Mühsam u. Co. (Ruf rechts: Jude!) Ja, aber der Jude gehört zu den staats-erhaltenden Parteien. (Widerspruch rechts.) Wo wäre da Deutsche Reich geblieben, wenn Bismarck mit seinem Reichsrunder nicht gewesen wäre. Sie verfolgen den armen Juden und mit dem reichen machen Sie Geschäfte!

Nun zum nächsten Paragraphen! (Unruhe.) Haben wir die Vorlage gebracht? Ich hätte mir die Rede gern gespart, da nun aber einmal die Vorlage da ist, werde ich Ihnen auch nicht das Geringste schenken. Wie unsere Berichte entscheiden, hängt alles von dem subjektiven Empfinden des Richters ab. Im Jahre 1878 wurde der Redakteur, der ein Flugblatt, in dem ausgeführt wurde, daß die Auflösung des Reichstages erfolgt sei, nicht um das Sozialistengesetz durchzubringen, sondern um 200 Millionen neue Steuern auszubringen, verantwortlich gezeichnet hatte, mit 9 Monaten Gefängnis bestraft. Gegen meinen Parteigenossen Herber ist jetzt eine Anklage anhängig auf Grund des § 131, weil er die Geschichte der Fällung der Emser Depesche erzählt hat. Die Kriegserklärung, sagt der Staatsanwalt, ist eine obrigkeitliche Anordnung und diese werde dadurch verächtlich gemacht, denn bei Ebel Bd. 7 Seite 8 ist zu lesen, daß die Emser Depesche nicht gefällig sei. Das ist eine Beweisführung, wie sie nur deutsche Staatsanwälte fertig kriegen.

Ich erinnere auch an die Anklage des großen Unfug-Paragraphen. Wir werden hier im Hause wahrscheinlich Anträge bekommen, welche darauf hinausgehen, den Boykott zu unterdrücken. In Sachen hat man den Boykott schon un-schädlich auf Grund dieses Paragraphen gemacht. Ein Arbeiter wurde verurtheilt, weil er in einer Versammlung gesagt hatte: Wenn wir eine Besserung im Lande durch die Gesetze erwarten, so können wir lange lauern, es ist besser, wir helfen uns selber. Der Mann hat dafür wegen großen Unfugs 8 Tage Gefängnis erhalten. Ein anderer hat den Sozialistenmarsch auf einer Wandharmonika gespielt und ist dafür bestraft worden. Ein Arbeiter hatte zu einem Jungen gesagt: Dein Vater ist schön dünn, wenn er Waldschlösschenbier trinkt. Diese Aeußerung hat ihn acht Tage Gefängnis eingebracht. Es bedarf wahrlich nicht besonderer Klauenschindparagrafen mehr. In den letzten Jahren sind gegen 78 Personen 1680 M. Geldstrafe und 40 Wochen Gefängnis verhängt worden, alles bloß wegen großen Unfugs beim Boykott.

Ich komme nunmehr zum Schluß. (H!) Wir, meine Parteigenossen und ich, haben das Sozialistengesetz ertragen, wir fürchten uns auch nicht vor diesem Gesetz. Wir halten es für überflüssig und schädlich und werden auch gegen eine Verweisung an eine Kommission stimmen. Was Sie haben wollen, machen Sie für sich. Die Sozialdemokratie ist der notwendige Anknüpf unserer modernen Verhältnisse und sie wird zum Siege kommen. Der neue Kurs Caprivis hat erklärt, daß er der Arbeiterbewegung gegenüber den Muth der Kaltblütigkeit besitze. Der Kurs ist zum Teufel gegangen und Sie marschiren jetzt mit dem Hosenpanier! (Beifall bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.)

Nach dieser dreistündigen Rede wird um 5 1/2 Uhr die weitere Verathung bis Mittwoch 12 Uhr vertagt. Vorher wird der schleinige Antrag wegen Einstellung des gegen den Abg. Stadthagen schwebenden Strafverfahrens erledigt werden.

## Lokales.

Den Parteigenossen diene zur Nachricht, daß der Vertrauensmann des vierten Reichstags-Wahlkreises Herr. Wolze nach dem Restaurant Landsbergerstr. 41 part. verzogen ist.

Das sozialdemokratische Liederbuch von Regel bildete wieder einmal den Gegenstand einer Hausjuchung, die am Dienstag Morgen um 11 Uhr in der Buchhandlung des „Vorwärts“ von einem halben Dutzend Kriminalbeamten vorgenommen wurde. Es wurden 211 Exemplare konfisizirt, weil in ihnen angeblich Lieder enthalten wären, denen bereits durch rechtskräftiges Gerichtsurtheil der Stempel der Staatsgefährlichkeit aufgedrückt worden sei.

Ungefähr zur gleichen Zeit, als die Konfiskation in der Buchhandlung des „Vorwärts“ erfolgte, wurde auch bei Hoffmann, Straußstr. 88a, gebausucht. Es wurde zwar weder das Liederbuch noch sonst irgend eine verbotene Druckschrift gefunden, doch konfisizirte die Polizei nicht weniger als 199 Geschäfts-Korrespondenzen, Postanweisungen-Abchnitte, Privatbriefe, Notizen zu Vorträgen, sowie das Manuskript eines Theaterstückes „Der Agitator“. Da unter diesen in vorläufige Verwahrung genommenen Papieren sich auch die eingegangenen Geschäfts-anträge befinden, so ersucht Hoffmann seine Kunden um Wiederholung der Bestellungen.

Auch von der Buchhandlung J. Müny, Reinitzendorferstr. 66,

wird berichtet, daß eine Hausfuchung stattgefunden habe und zwei Exemplare des Wiederbuchs konfisziert seien.

**Zu der Feiertagsarbeit im königlichen Schloß** bemerkt die „Germania“: „Wir haben bisher vergeblich auf ein Dementi dieser Nachricht in der offiziellen „Berliner Korrespondenz“ gewartet, es scheint aber ein solches Dementi jetzt ebenso ausbleiben, wie vor kurzem bezüglich der Arbeit im königl. Schloß am protestantischen Festtage. Es hat damals schon in christlich gesinnten Kreisen peinlich berühren müssen, daß die hoch-offizielle „Beil. Korr.“ des Herrn Ministers v. Köller nur Nebenständliches — Arbeiterentlassungen u. s. w. — dementierte, sich aber über die hauptsächlichste Beschwerde, über die Arbeit an einem gesetzlich gebotenen Feiertage, ausschwiege, wie das auch jetzt wieder in bezug auf Entbehrung der Weihnachtsfeiertage geschieht.“

Nach kurzer Kennzeichnung der fahlen Kondolenzworte, welche die „Kreuzzeitung“ sich in dieser fatalen Angelegenheit abzwirgte, bemerkt das Zentrumsblatt weiter: „Wenn jetzt das Parade- pferd freimaurerischer Festsetzung ohne Fingel und Hügel des konstitutionellen Systems in allen Gängen der hohen Schule vorgeritten werden soll, dann mag es ja taktisch als „Beibehaltung“ bezeichnet werden können, eine Mahnung etwas ernster ertönen zu lassen. Wir meinen indessen, daß es wohl angebracht wäre, wenn der Schloßbauverwaltung einmal allen Ernstes und mit allem Nachdruck bedeutet würde, daß sie, wenn überhaupt die staatlichen Verwaltungen Musterverwaltungen sein sollen, erst recht die Aufgabe habe, die christlichen Anschauungen über die Sonntagsruhe nicht zu verletzen, Sozialdemokraten Anlaß zu billigem, leider nur allzu berechtigtem Hohn zu geben. Auf solche Weise kann man nicht „für Religion, Sitte und Ordnung“ kämpfen.“

Auch die „Volkszeitung“ erwähnt der Affäre mit kurzen Worten. Es versteht sich, daß der frommgeschwehete „Reichsbote“ zu der Geschichte in Demuth schweigt und damit ruhig über die Diebe quillt, die wir ihm gestern erteilt haben.

**Abstürze mit dem Fahrstuhl**, wovon in Nr. 4 des „Vorwärts“ wieder ein Beispiel mitgeteilt ist, mehren sich in dem Maße der weiteren Verbreitung dieses wichtigen Hausverkehrsmittels. Natürlich treffen die schlimmsten Unglücksfälle hierbei den Arbeiter und immer den Arbeiter. Aber wo bleibt denn die Wirkung der Fangvorrichtung, die polizeilich vorgeschrieben ist?

Diese Sicherheitsfangvorrichtung, so wird uns aus bautechnischen Kreisen geschrieben, ist nämlich oft der reine Schwindel und das geht so zu. Die Zahl der wirklich solide und gut arbeitenden Aufzug- und Fahrstuhl-Fabriken ist sehr klein. In ihren Anknüpfungssystemen sind die Fahrstühle und Sicherheitsvorrichtungen durch schöne Bilder für den Sachverständigen dargestellt, die Fangvorrichtungen gerühmt und als patentiert angepriesen, und dennoch liest man nicht selten von Fahrstuhl-Abstürzen mit ihren schrecklichen Folgen.

In Wahrheit taugen die meisten Fangvorrichtungen gar nichts, denn wenn ein Aufzug Jahre lang ohne Unfall gegangen ist, sind sie beim Reiben eines Seils eingetroffen, unbeweglich, oder aus zehn Gründen betriebsunfähig. Viele Fahrstühle werden in der niederlichsten Weise gearbeitet und montiert. Schlechte Seile, überreizte Arbeit, das ist der Charakterzug der allermeisten Fabriken. Abhilfe wäre möglich, wenn bei solchen Fahrstuhlunfällen die Fabrik jedesmal öffentlich genannt würde, aus der der Fahrstuhl stammt. Bei Hauseinstürzen werden ja auch die Bauunternehmer zu allererst an den Pranger gestellt, warum geschieht hier solches nicht? Der Fahrstuhl ist ein Betriebsmittel, das viel sicherer gebaut sein muß, als eine Treppe, denn es hat nicht bloß Menschen zu tragen wie die Treppe, sondern oft auch schwere Lasten, die der Treppe nur selten zugemutet werden. Das Fahrstuhl-Betriebswesen ist eingengt durch eine Anzahl lästiger, unpraktischer und die Verbreitung hindernder Polizeibestimmungen, aber um die wahren Schwierigkeiten, um die nichtswürdig leichtsinnigen Konstruktoren der Einzelheiten kümmern sich niemand. Eine wirklich brauchbare Fangvorrichtung an Fahrstühlen muß so konstruiert sein, daß sie jeden Augenblick auf ihre Betriebswirksamkeit geprüft werden kann. Diese Bedingung sollten die Behörden stellen, dann mühten viele Fabriken mit ihrem Jahrmarktstumm einpicken. Fangvorrichtungen, die nur zu prüfen sind, wenn ein Seil reißt, sind ein schändliches Spiel mit Menschenleben. Die Unglücksfälle in Bergschächten mit den Fahrstühlen sind auf jene mangelhafte Bauart zurückzuführen und dort giebt man sich noch Mühe, weil auch höhere Beamten die Fahrstühle benutzen.

Die betriebserweiternden Polizeivorschriften, die vielen schlechten Konstruktionen und die daraus folgenden Unglücksfälle sind die Ursache der langsamen Einführung dieses wichtigen Betriebsmittels, das längst dazu dienen könnte, in unseren fünfstöckigen Häusern das arme Dienstpersonal mehr vor der Schwindelfucht zu bewahren. Denn leider stehen die größten Baumeister heute noch auf dem beschränkten Standpunkt, Hintertreppen und Diensttreppen auf engem Raum mit einem wahren Massivement von Unbequemlichkeit anzulegen — man denke nur an die abscheulichen Wendeltreppen — ohne sich klar zu machen, wie viel auf Diensttreppen auf und ab gesagt wird und wie wenig die bequemen Treppen „nur für Herrschaften“ dagegen in Benutzung kommen!

**Wie auf so manchen Gebieten der Volksbildung**, so muß die Stadt der Intelligenz auch in der Frage der öffentlichen Lesehallen besorgt vor den Grobheiten in wirklichen Kulturstaaten die Segel streichen. Es war in Berlin noch nicht möglich, ein solches Institut, das von den Behörden englischer und amerikanischer Städte längst gepflegt wird, auf städtische Kosten einzurichten, und erst einer Gesellschaft von Philantropen war es vorbehalten, die erste derartige Halle in der Schönhauserstraße zu schaffen. Die dortigen recht freundlichen Mächtigkeiten lassen vielleicht gut hundert Personen. In der Wahl der Zeitungen will die Gesellschaft für Ethische Kultur, die die Lesehalle ins Leben gerufen hat, keinerlei Beschränkungen eintreten lassen; es sind in der That alle politischen Richtungen vertreten. Neben Zeitungen und sonstigen Journalen sind Bücher jeder Art in ziemlicher Anzahl vorhanden. Einen breiten Raum nimmt die Belletristik ein, daneben findet man wissenschaftliche Werke, Verträge, Atlanten u. s. w. Die Schundliteratur ist selbstverständlich ausgeschlossen. Sobald die Mittel reichen, will man die Besuchszeit erweitern und auch größere Räume für gleiche Zwecke einrichten. Es sei noch erwähnt, daß, wie in den übrigen fünfstöckigen Gebäuden, auch in diesem Institut, das natürlich unentgeltlich dem Publikum offen steht, keine Getränke verabfolgt werden. Das Rauchen ist gleichfalls untersagt.

**Die Mißstände im Reichs-Versicherungsamt**, über die wir seinerzeit berichtet haben, sind nunmehr beseitigt. Wir rügten damals u. a. die räumliche Unzulänglichkeit des Parteienzimmers und seine unbequeme Lage für die Parteien, welche in Unfallsachen auf dem Gericht zu thun haben. Mit Genehmigung können wir konstatieren, daß jetzt zwei Zimmer für die Parteien vorhanden sind, und daß gerade derjenige Raum hinzugekommen ist, welcher unsererseits als besonders geeignet bezeichnet wurde. Ferner ist man von dem aus alter Gewohnheit geübten Brauch zurückgekommen, im Verhandlungsaal zu berathen und jedesmal die anwesenden Parteien hinauszuschicken. Die zur Verfügung stehenden Verhandlungszimmer werden nunmehr benutzt und die Parteien brauchen nicht mehr inzwischen auf dem Korridor spazieren zu gehen. Auch der Wunsch ist erfüllt worden, daß die Inanspruchnahme der gesetzlich garantierten Öffentlichkeit der Verhandlungen nicht erschwert, sondern gefördert werden mußte. Dem Publikum wird jetzt auch in der Hinsicht in löblicher Weise entgegengekommen.

**Behördliche Sozialpolitik. Eine Warnung vor dem**

Zuzuge mittellose Personen nach Berlin erläßt jetzt auch der Regierungspräsident in Potsdam mit dem Hinweis darauf, daß der Berliner Magistrat bei den im Winter von ihm zu vergebenden Arbeiten lediglich solche Arbeiter berücksichtigen will, die in Berlin ortsbekannt sind, oder wenigstens schon im letzten Sommer dort gearbeitet haben. Ganz besonders macht der Regierungspräsident darauf aufmerksam, daß diejenigen Personen, welche in der Hoffnung Berlin aufsuchen, dort Arbeit zu finden, und dann nicht im Stande sind, sich eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen zu verschaffen, ihre Ausweisung zu gewärtigen haben.

Die Ausweisung statt der sehnlichst erhofften Beschäftigung! Auch ein Kulturbild aus dem Staat der Sozialreform!

**Die Küche des neuen Reichstags-Gebäudes** soll einer Mittheilung der „National-Zeitung“ zufolge die großartigste der Welt sein. So angenehm uns zwar die Vorzüge eines guten Roastbeefs berühren, so liegt uns doch die Ehre unseres Vaterlandes mehr am Herzen; und wir nähmen daher lieber eine kleinere Parlamentsküche mit in den Kauf, wenn dafür die Bedeutung und der Werth der Volksvertretung selber eine größere wäre, als sie es zur heutigen Zeit der subalternen Landwehr-Offiziers-uniformen leider ist.

**Der Müggelsee** hat sich in seiner ganzen Ausdehnung bereits mit einer drei Zoll starken Eisdicke überzogen, so daß die Freigabe des Sees für den Eisport unmittelbar bevorsteht; für nächsten Sonntag sind schon Eisnachtsegeln und Schlittschuhssegeln geplant.

**Die Frage, ob für die Desinfektion von Wohnräumen** und beweglichen Sachen, welche durch die städtische Desinfektionsanstalt bewirkt wird, Gebühren verlangt werden können, wird oft erörtert, so daß es angebracht erscheint, die diesbezüglichen Bestimmungen einem größeren Publikum zur Kenntnis zu bringen.

Vorweg sei bemerkt, daß die städtischen Behörden sich bislang nicht dazu haben aufschwingen können, die Desinfektion überhaupt kostenlos zu bewirken. Immerhin sind aber einige Ausnahmen und Einrichtungen getroffen worden, von denen die minder zahlungsfähige und ärmere Bevölkerung, ohne Nachteile befürchten zu müssen, Gebrauch machen kann.

Von Zahlung der Gebühren ist befreit, wer sich zu diesem Zweck entweder von dem Vorsteher des betreffenden Stadtbezirks oder von dem Vorsteher derjenigen Armen-Kommission, in deren Bezirk er wohnt, ein Attest ausstellen läßt und daselbst an die Desinfektions-Anstalt einbringt. Das Attest kann nach erfolgter Desinfektion eingeliefert werden. Zur Vermeidung von Weiterungen ist es zweckmäßig, dies Attest binnen spätestens sechs Tagen einzureichen. Ein solches Attest wird ausgefertigt, wenn der Betreffende eine Wohnung im Mietzwerthe bis zu 300 M. inne hat, oder zu der untersten Stufe der Klassensteuer veranlagt ist, oder wenn sich nach Prüfung der Verhältnisse ergibt, daß er infolge von Unglücksfällen (Krankheiten, Sterbefällen und dergl.) nicht in der Lage ist, Gebühren zu bezahlen. Diefelbe Befreiung von Zahlung der Gebühren hat auch für die Desinfektion von Effekten Anwendung zu finden. Ausdrücklich weisen wir darauf hin, daß die Befreiung von der Gebührenzahlung nicht den Charakter einer Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln hat, daß der Betreffende also in diesem Fall nicht seines Wahlrechts verlustig geht.

Im übrigen stellen sich die Gebühren für die Desinfektion von Wohnräumen, sowie für die in diesen Räumen bewirkte Desinfektion von beweglichen Sachen auf eine Mark für jede Stunde der von einer Person auf die Desinfektion verwendeten Arbeitszeit. Die Berechnung erfolgt nach Viertelstunden. Für die Hin- und Zurückführung der Desinfektionsmaterialien und Utensilien, sowie für die Vorbereitungen zur Desinfektion wird außerdem in jedem Falle als feststehender Satz eine Mark erhoben.

Die Gebühren für die Desinfektion von beweglichen Sachen in den städtischen Desinfektionsanstalten betragen: a) für die mittelst strömenden Wasserdampf desinfectirten Sachen vier Mark für jedes Kubikmeter des Raumes, welchen die Sachen im Desinfektionsapparat eingenommen haben, mindestens jedoch, d. h. bei weniger als einem halben Kubikmeter, zwei Mark. Die Berechnung erfolgt nach Zehntelkubikmetern; b) für die mittelst Chemikalien desinfectirten Sachen eine Mark für jede Stunde der von einer Person auf die Desinfektion verwendeten Arbeitszeit, mindestens jedoch fünfzig Pfennig. Die Berechnung erfolgt nach Viertelstunden. Mit den Gebühren sind in den vorgenannten Fällen auch die Aufwendungen der Desinfektionsanstalten für Desinfektionsmaterialien u. s. w., sowie für den Transport der Sachen von der Wohnung nach der Anstalt und zurück bezahlt.

Falls die Desinfektion von Wohnräumen oder von beweglichen Sachen bestellt ist und den demnächst erscheinenden Desinfektoren die sofortige Ausführung der Desinfektion, bezw. die Verpackung und Abholung der Sachen bedarf des Transportes nach der Desinfektions-Anstalt aus irgend einem Grunde nicht geholt wird, so sind für die Hin- und Zurückführung der Desinfektions-Materialien und Utensilien, bezw. die Hin- und Rückfahrt des Wagens, sowie für die von den Desinfektoren auf die Hin- und Rückfahrt nutzlos verwendete Zeit in jedem Falle 10 M. Gebühren zu entrichten.

Die Gebühren werden in den nächsten Tagen nach erfolgter Desinfektion durch einen besonderen Boten unter Vorlegung der quittirten Rechnung eingezogen. Die Abtragung der Schuld in einzelnen Noten wird in einzelnen Fällen auf schriftlichen Antrag gestattet.

**Den Berliner Nachtwächtern**, welche im Proseßwege ihr Recht auf Pensionierung resp. anderweitige Anstellung geltend machen, ist, wie ein Berichterstatter erzählt, von den Breslauer Kollegen sämtliches Material des von letzteren in gleicher Angelegenheit gegen die Stadt Breslau siegreich durchgeführten Prozeßes zur Verfügung gestellt worden.

**Die Verhaftungen von Anarchisten** nehmen trotz des Fehlens der Unruhpaparagraphen munter ihren Fortgang. Am Donnerstag voriger Woche wurde der bislang im „Sozialist“ beschäftigt gewesene Druckerarbeiter Graf ohne erkennbare Ursache zur Untersuchungshaft gebracht und am Sonnabend traf aus einem gleich räthselhaften Grunde dasselbe Loos den Tischler Richard Weiß. Letzterer ist verheiratet und Vater zweier Kinder.

**Lebhafte Klagen** werden seitens der Nizdorfer Arbeiterschaft, welche naturgemäß unter dem gegenwärtigen Arbeitsmangel schwer zu leiden hat, darüber geführt, daß bei dem Bau der Anschlußbahn von Nizdorf nach Johannisthal fast ausschließlich polnische Arbeiter beschäftigt werden, während die hiesigen Steuerzahler und Familienväter nicht wissen, wie sie für ihre Familien Brot schaffen sollen. Die Arbeiter sollen an einen Unternehmer vergeben sein, der die fremden Arbeiter den hiesigen der Billigkeit halber vorzieht. Sache der Eisenbahn-Verwaltung aber wäre es, dafür zu sorgen, daß bei derartigen umfangreichen Bauten vor allen Dingen die angefahrenen Arbeiter beschäftigt werden.

**Verhältnißlos gekaufte Versicherungsmarken** werden den Postanstalten häufig zum Untausch gegen andere Marken zurückgegeben, aber regelmäßig zu diesem Zwecke nicht angenommen, weil die Postanstalten sich angeblich aus Rücksichten auf den Verkehr hierauf nicht einlassen können. Im Interesse der hierbei Beteiligten weisen wir bezw. Vermeidung von Zeitverlust darauf hin, daß unter Darstellung des Sachverhaltes die Marken in solchem Falle derjenigen Versicherungsanstalt einzureichen sind, deren Name auf derselben abgedruckt ist. Alsdann erfolgt der Ersatz für die Marken in barem Gelde.

Infolge des Schneewetters sollen viele Besitzer von Privat-Fuhrwerken in große Verlegenheit gerathen sein, denn ein be-

trächtlicher Theil der Droschkensperde ist dienstunfähig geworden. So kam es, daß in den letzten Tagen nur wenige Nachtdroschen auf den zu finden waren. Infolge der Glätte stürzten viele Thiere und allein am Sonnabend mußten ca. 30 derartig verletzter Pferde dem Abdecker zugeführt werden.

**Der deutsche Thierschutzverein** macht darauf aufmerksam, daß zur Hilfe beim Ausgleiten der Pferde es den Kutschern in England u. B. polizeilich zur Pflicht gemacht sei, im Winter auf dem Fuhrwerk einen Kasten mit Sand oder Asche zu führen. Auch wird darauf hingewiesen, daß eine andere kleine Bemühung den Thieren heftige Schmerzen ersparen würde; wenn nämlich die Kandare, besonders falls das Pferd im Freien gefüttert wird, vor dem Einlegen ein paar Minuten mit einem wolkigen Tuche gerieben oder anderweitig erwärmt wird. Eißig kalt eingelegt, erzeugt sie nicht nur Schmerzen, ähnlich denen bei der Berührung eines glühenden Metalls, sondern auch durch das Anfrischen und Löschen der Eisenteile Entzündungen und Blutungen der empfindlichsten Theile des Mauls und der Zunge.

**Ueber das für die große Berliner Gewerbe-Ausstellung** fertigzustellende lichtstarke Fernrohr wird berichtet, daß das Komitee für die Herstellung des Reichenhald'schen Fernrohrs seinerzeit bei der Regierung einen Zuschuß im Betrage von 250 000 Mark zu den Kosten des Unternehmens beantragt hat, wofür dann nach Schluß der Ausstellung das Fernrohr in den Dienst der Wissenschaft übergeben und Staatsbesitzthum werden soll. Die Angelegenheit hat ihren offiziellen Weg genommen und liegt nun der Akademie der Wissenschaften zur Begutachtung vor, wo aber die Sache nur sehr langsam von statten gehen soll. Da die Vorarbeiten von den Fabrikanten eingeleitet worden sind, so wird merkwürdigerweise die Frage angeregt, ob die beteiligten Kreise nicht stark genug wären, um bis zur Genehmigung des Staatszuschusses die Sache selbständig in die Hand zu nehmen. Es wird auf Amerika hingewiesen, wo zum Bau von Fernrohren Millionen von Privaten geopfert sind.

Die Stärke mag in deutschen Unternehmungskreisen auch vorhanden sein, aber wie schon seit dem glorreichen Hinschlag des Staates mit der 1870er Kriegsanleihe mächtig bekannt, ist unter den deutschen Kapitalisten auch kaum eine Spur von Gemeingeist zu finden. Unser Ausbeutertum wird sich auch in diesem Fall hüten, dem Fernrohr Geldsummen zu opfern, solange sie nicht Profit verheißen.

**Das Berliner Aquarium** hat jetzt wieder mannigfache neue und interessante Bereicherungen aufzuweisen. Das vor dem eigentlichen Dorschbassin belegene Becken beherbergt außer zahlreichen Mittelmeer- und Nordseeischen einen kleinen Dorsch. Der Zwerg erscheint sehr schlanke gegenüber der ihm beigegebenen Gesellschaft und heller gefärbt als die nachbarlichen großen Dorsche oder Kabeljause. In dem Behälter der Muränen hat man einige aus der Nordsee stammende Seequappen eingeführt, die gleich der in einem Süßwasserbecken durch ein außerordentlich großes Exemplar vertretenen Kalquappe ebenfalls der Dorschfamilie angehören. Von einer in den öffentlichen Schau-Anstalten kaum einmal ausgeführten Fischart ist, nachdem im vorigen Jahre zum erstenmal ein großes Exemplar durch die Adriastation Rovigno hierher gelangte, nun auch ein junges Stück zu sehen, nämlich ein etwa fußlanger Storchrochen, der vor aller seinen Verwandten in dem peitschenartigen langen Schwanz mit anstehendem großen widerhakenigen Stachel eine beachtenswerthe Auszeichnung besitzt. Durch neue Eingänge aus dem Mittel- und Adriatischen Meere ist auch die Familie der Rajenjahe vermehrt worden.

**Der Regierungspräsident in Potsdam** macht bekannt, daß es bei Geldstrafe bis zu 60 M. oder entsprechender Haft verboten ist, Luftballons unter Anwendung von hellem oder glühendem Feuer aufsteigen zu lassen.

**Zur Auslieferung von Telegrammen** während der Nachtzeit sind in Berlin geöffnet: Das Haupt-Telegraphenamt in der Ober-Wallstraße und die Postämter auf den Fernbahnhöfen (Potsdamer, Anhalter, Görlitzer, Stettiner und Lehrter Bahnhof).

**Geburtsstatistik.** Am 1. Dezember 1894 befanden sich im städtischen Obdach 26 Familien mit 79 Personen. Am 1. Januar 1895 war der Bestand 33 Familien mit 97 Personen. Im Laufe des Monats Dezember wurde das Obdach von 81 733 Personen und zwar von 30 063 Männern und 1664 Frauen benutzt. Von diesen Personen wurden 18 dem Krankenhaus im Friedrichshain, 52 dem Krankenhaus Moabit, 13 der Charité und 819 der Polizei überwiesen.

Infolge eines Menschenbisses gestorben ist am 29. v. M. im St. Hedwigs-Krankenhaus der 63 Jahre alte Schneider Julius Kuffner aus der Magdeburgerstraße 5. Am 1. Dezember v. J. kam er von einem Geschäftsgange zurück und sah zu später Stunde einen Auslauf um eine Drosche an der Ecke der Magdeburgerstraße und des Tempelhofer Ufers. Er trat hinzu und sah, daß drei Studenten, von denen zwei die Drosche verlassen hatten, mit dem Kutscher wegen des Fahrpreises stritten. Als die Ausstehenden den Streit schlichten wollten, sprang einer der Studenten auf den Schneider Kuffner zu, warf ihn zu Boden und biß ihm ein Stück oberhalb des rechten Auges heraus. Kuffner wurde auf der Sanitätswache in der Steglitzerstraße verbunden, kam erst gegen 5 Uhr früh nach Hause und wurde von dem ihm gegenüberwohnenden Dr. Halstein behandelt. Nach einigen Tagen entstand vom Halse abwärts bis in den Arm eine Geschwulst, die immer schlimmer wurde und die Aufnahme Kuffner's im Krankenhaus nothwendig machte, obgleich die Wunde schnell gebilt war. Als Todesursache wird auf der einen Seite Blutvergiftung, auf der anderen Herzschlag angegeben. Die Krankenkasse der Schneider Kuffner gegen den beherrschten stud. jur. St. wegen Rückerstattung des Krankengeldes. Dabei wird sich ergeben, ob der Biß tatsächlich das Ableben verursacht hat.

**Verabungen von Güterwagen** finden seit einiger Zeit auf der Abfertigungsstelle des Anhalter Güterbahnhofes, wo vor etwa Jahresfrist eine Spühbubenbande endlich ermittelt wurde, wiederum statt. Meistens werden die Hauptzüge am Sonn- und Festtagen vorgenommen, weil dann der Güterbahnhof ohne Aufsicht ist. Die Diebe reißen die Plomben ab und öffnen die Wagen, denen sie Gepäckstücke aller Art entnehmen. Bisher hat sich nicht feststellen lassen, was für Waaren gestohlen worden sind, da die Wagen nach allen Richtungen hin abgelassen werden, und man erst am Bestimmungsorte den Verlust übersehen kann. — Am Montag Abend ging das Gerücht, daß 7 Männer und eine Frau abgefaßt worden seien, doch ist eine Bestätigung dieser Nachricht bisher nicht zu erlangen gewesen.

**Ein verhängnisvoller Irrthum.** Auf dem Grundstück eines in der Vorhagenstraße wohnenden Wildhändlers sind in der letzten Zeit vielfach Diebstähle ausgeführt worden. Der Bestohlene ließ nun, um die Diebe abzufangen, das Haus von mehreren Arbeitern umstellen. In einer der letzten Nächte begegneten sich auf ihrem Patrouillengange zwei der Wächter, jeder hielt den anderen für einen Dieb und es entpann sich zwischen den beiden Männern ein heftiger Kampf, in welchem der eine schwere Verletzungen davontrug. Die Knochen des linken Armes wurden ihm zersplittert und das rechte Auge derart verletzt, daß die Sehkraft desselben gefährdet ist.

**Ein junger Forstbeamter** namens Max Feher, Sohn des Försters in Bichelberge, ist am Sonnabend in Grunewald erschossen worden. Es waltete Zweifel darüber ob, ob er sich selbst das Leben genommen hat oder ob er von Wildbieden erschossen worden ist.

**Aus der Region der Kämpfer für Ordnung, Religion und Sitte** weiß das „Berliner Tageblatt“ vom gestrigen Abend

folgendes Jdyll aufzufassen: „Eine Keitpeitschen-Affäre ist an der heutigen Börse viel besprochen worden. Ein Kaufmann wurde von dem Gatten einer Dame, zu der er früher in Beziehungen gestanden, im Bett überfallen und mit einer Keitpeitsche schwer misshandelt. Von dem Ueberfallenen waren die Briefe zurückverlangt worden, die er früher von der Dame erhalten; er behauptete, sie verbrannt zu haben. Das schien ihm nicht geglaubt zu werden, und der nunmehrige Gatte der Dame suchte sich in der geschicktesten Weise für die Vorenthaltung der Schriftstücke zu rächen.“

Ein seltener Fall ereignete sich gestern Nachmittag in der Stralauerstraße. Dortselbst kam infolge der Glätte das Pferd der unbefehrten Koupe-Droschke Nr. 2285 zu Fall und riss dabei die Droschke mit um. Glücklicherweise fiel das Gefährt auf einen Schneehaufen, so daß sowohl der Kutscher als auch der Wagen ohne Schaden davonkamen.

Zu der vom „Intelligenzblatt“ gestern gebrachten Sensationsnachricht über die Tötung eines Offiziers durch einen Grenadier schreibt die „Kreuzzeitung“, daß diese Meldung un wahr sei.

Von einem Soldaten wurde am Montag Abend gegen 8 Uhr die 18 Jahre alte unverheiratete Selma Kammann gerettet, die in der Hermannstraße 24 bei dem Fabrikanten G. in Gefangenschaft steht. Das Mädchen hatte sich in selbstmörderischer Absicht vor dem Hause Kottbuser Ufer 46 in den Landwehrkanal gestürzt. Der Gefreite Wenning von der dritten Kompanie des Kaiser Franz-Garde-Grenadierregiments kam zufällig des Weges daher und hatte den Vorgang bemerkt. Er ergriff einen Bootshaken von einem an der Kottbuser Brücke liegenden Kahn, saßte damit die Lebendmilde, während ein Krankenpfleger und ein Schutzmann ihn von hinten auf dem Fahrzeug festhielten, und zog sie an den Kahn, bis er sie mit den Händen ergreifen konnte. Das Mädchen hatte schon so viel Wasser geschluckt, daß es bewußtlos geworden war und wurde zunächst nach der Wache des 48. Polizei-Regiments gebracht. Herzliche Hilfe war sofort zur Stelle, so daß die Unglückliche wieder in das Leben zurückgerufen und dann nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden konnte. Als Grund zu dem Selbstmord wird „Schwermuth“ angegeben.

Beim Abbrennen von Feuerwerk, das von einigen jungen Leuten auf der an der Frankfurter Chaussee gelegenen Odeonbahn am gestrigen Abend bewirkt wurde, explodirte unversehens ein Bündel Raketen und riss dem 18-jährigen Sohne des Eisenbahnbeamten G. den linken Arm aus, während die rechte Hand zum Theil geschmettert wurde.

Das Kreibitzsche Ehepaar aus der Fichtestr. 30 wird am Donnerstag Nachmittag auf dem Dreifaltigkeits-Kirchhofe beerdigt. Die Angehörigen wollen die Leiche des Mannes, der sich in einer Lebensversicherung befand, öffnen lassen, um festzustellen, ob er die That vielleicht in einem Zustande von Unzurechnungsfähigkeit begangen hat.

Beim Schlittensahren verunglückte am Montag Nachmittag der 12-jährige Otto Bräde, dessen Eltern in der Landwehrstraße 5/6 wohnen. Der Knabe sah auf einem Hausdach und wurde von Kameraden gezogen. Beim Umwenden auf dem nicht etwa breiten Fahrdamm der Landwehrstraße wurde der Schlitten seitlich geschleudert, Bräde stürzte auf das Pflaster und fiel so unglücklich, daß er mit beiden Oberschenkeln unter das rechte Borderrad eines gerade vorbeifahrenden Postwagens gerieth. Die schwere Last ging über die Gliedmaßen des Kleinen hinweg und mit zermalnten Oberschenkeln wurde der Knabe nach dem städtischen Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, woselbst er fast hoffnungslos darniederliegt.

**Witterungsübersicht vom 7. Januar 1895.**

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius)
Swinemünde	754	Still	—	Schnee	— 5
Hamburg	755	SW	3	bedeckt	— 4
Berlin	753	W	2	bedeckt	— 7
Biesbaden	753	N	2	bedeckt	— 8
München	751	W	4	bedeckt	— 17
Wien	756	SW	1	bedeckt	— 8
Saparanda	761	Still	—	wolkenlos	— 24
Petersburg	759	SW	2	Schnee	— 5
Oslo	763	N	4	wolkenlos	— 1
Aberdin	—	—	—	—	—
Paris	755	N	2	wolfig	— 3

Wetter-Prognose für Mittwoch, 9. Januar 1895. Veränderliches, vorwiegend trübes Frostwetter mit leichten Schneefällen und mäßigen nordöstlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Polizeibericht. Am 7. d. M. wurde auf dem Hür eines Hauses der Barutherstraße die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. — Auf dem Bellealliance-Platz wurde Vormittags ein Arbeiter durch ein Fuhrwerk überfahren und am Kopfe und Fuße schwer verletzt. — In der Fischerstraße fiel ein Arbeiter von einem in der Fahrt befindlichen und infolge der Glätte stark schleudernden Müllwagen und erlitt eine erhebliche Verletzung am Kopfe. — Auf dem Neubau Spanbauersstr. 16/17 wurde ein Arbeiter durch eine beim Abladen umfallende Maschine erschlagen. — Abends sprang ein Mädchen gegenüber dem Grundstück Kottbuser-Ufer 46 in den Landwehrkanal. Es wurde

jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. — Im Laufe des Tages fanden vier kleine Brände statt.

**Gerichts-Beilage.**

Vor der Kammer Bransewetter. Wegen Majestätsbeleidigung und Sachbeschädigung hatte sich gestern der Studateur Friedrich Vorstell vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. In einer Beschwerde über eine gegen ihn ergangene polizeiliche Ausweisungserfügung soll er sich des fogen. Vergehens der Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben und außerdem wird ihm zur Last gelegt, daß er absichtlich eine Spiegelscheibe entwei geworfen habe. Der Unglückliche, der bereits viermal wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt ist, wurde zu der vorerwähnten Strafe von 3 Jahren 6 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Die Frage ob die Linden-Gallerie als ein öffentlicher oder privater Durchgang zu betrachten ist, hat die Gerichte schon mehrfach beschäftigt und kam auch gestern vor der 129. Abtheilung des Schöffengerichts zur Sprache. Am 15. November v. J. kam es in dem erwähnten Durchgange zu einer tumultuarischen Szene. Der Kandidat der Chemie Elias benutzte denselben, um von der Behrenstraße nach den Linden zu gelangen. Er hatte 3/4 dieses Weges zurückgelegt, als er von einem Galleriedienstler aufgefordert wurde, den Hund der ihn begleitete, an der Leine zu führen. Elias weigerte sich, worauf der Diener ihn aufzufordern, umzulernen. Auch hiermit war Elias nicht einverstanden, der Diener rief den gerade vorbeifahrenden Pächter der Gallerie, den Direktor Jacob, herbei und dieser nahm für seinen Bediensteten Partei, der nur nach der ihm erteilten Vorschrift gehandelt habe. Elias beharrte bei seiner Weigerung, umzulernen, ein zweiter Diener kam hinzu und nun wurde Elias mit Gewalt bis zum Ausgange nach der Behrenstraße geschoben. Das zahlreiche Publikum nahm für den Gemüthseligsten Partei, der nach einiger Zeit wieder erschien, um den Direktor zur Rede zu stellen. Es kam zwischen beiden nochmals zu einer heftigen Auseinandersetzung, Elias erhob mit den Worten: „Den Hund schlage ich todt!“ den Stock zum Schläge; die Angestellten fühlten sich aber gemüthigt, ihren Unternehmern zu schütten, indem sie den Schlag auffingen und dem Elias den Stock entwandten. Der letztere erhielt eine Anklage wegen Hausfriedensbruch und Bedrohung und Direktor Jacob, der sich durch Rechtsanwalt Dr. Arnold Goldstein vertreten ließ, trat als Nebenkläger auf. Der Angeklagte wollte den Durchgang für einen öffentlichen gehalten und die vor den Eingängen und innerhalb der Gallerie angebrachten Platte, wonach das Publikum aufgefordert wird, Hunde an der Leine zu führen, nicht gesehen haben. Der Zeuge Jakob erklärte, daß er mehrfach die Gerichte habe in Anspruch nehmen müssen, um seinem Hausrecht, welches ihm in der Gallerie zustehe, Geltung zu verschaffen. Er habe den ganzen Durchgang vom Linden-Bauverein gepachtet, die Seitenwände mit hölzernen Schranken ausgehattet und diese wieder an Firmen vermietet, welche darin werthvolle Erzeugnisse ausstellen. Natürlich müsse er vorbeugen, daß die Hände nicht durch Hunde verunreinigt würden. Das Gericht habe längst entschieden, daß der Durchgang ein privater sei, in welchem dem Inhaber das Hausrecht zustehe.

Der Staatsanwalt beantragte eine Gesamtstrafe von 100 M., der Gerichtshof hielt 40 M. für eine ausreichende Strafe. Unseres Erachtens sollte nunmehr wenigstens in recht deutlicher Weise dafür gesorgt werden, daß dem Publikum die Nachtheile zu Gesicht kommen, deren es sich beim Passiren der Lindengallerie unter Umständen zu gewärtigen hat. Am besten wäre es vielleicht, wenn das Publikum den Herrn Jacob überhaupt nicht in seinem Hausrecht störte und sich einen anderen Weg wählte, als die Lindengallerie.

Ein Sittenwächter. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I hatte sich gestern der Bädermeister Paul Ferdinand Kieckling auf eine Anklage wegen Nothzucht zu verantworten. Durch die Beweisaufnahme wurde dargethan, daß der Angeklagte sich in gemeiner Weise an einem jungen Mädchen vergangen hatte, die bei ihm als Dienstmädchen eingetreten war, für deren leibliches und sittliches Wohl zu sorgen er als Arbeitgeber mithin verpflichtet war. Gerade mit Rücksicht auf diesen Umstand verurtheilte der Gerichtshof den Angeklagten, der vor kurzem wegen anderer Straftaten zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt worden ist, zusätzlich zu noch einem Jahre Gefängniß.

Um zehn Pfennige handelte es sich bei einer Anklage wegen schwerer Urkundenfälschung und Betruges, die gestern vor dem Schwurgericht hiesigen Landgerichts I gegen den Mohrleger Friedrich Wilhelm Keller verhandelt wurde. Für das große Publikum erwächst aus dieser Anklage die Lehre, daß die Fahrtscheine der Stadt- und Ringbahn Urkunden sind, die man nicht willkürlich verändern darf. Der Angeklagte fuhr am 14. Juni mit einer 10 Pfennig-Fahrkarte von Schöneberg bis nach der Warschauer Brücke, wo die Karte abgelaufen war. Er fuhr aber bis zur Jannowibrücke weiter und zeigte dort dem Kontrollbeamten eine Fahrkarte vor, welche mit dem Kontrollstempel der Warschauerbrücke versehen war, während der Datumstempel offenbar absichtlich verwischt worden war. Der kontrollirende Beamte erfuhr aus der Nummer der Fahrkarte, daß dieselbe schon älter sein mußte und an diesem Tage unmöglich gelöst sein konnte und er stellte denn auch fest, daß der Datumstempel auf den 12. Juni lautete. — Der Angeklagte behauptet nun, daß er die Veränderung auf der Fahrkarte nicht vorgenommen habe. Er sei an jenem Tage unglücklich Weise im Eisenbahnwagen eingeschlafen gewesen und als er erwachte,

habe er mit Schrecken wahrgenommen, daß er weit über die Warschauer Brücke hinausgefahren und der Zug schon den Schlesischen Bahnhof passirt hatte. Da habe sich denn ein menschlich-freundlicher Fahrgast seiner erbarmt und ihm die angehaltene Fahrkarte mit dem Bemerken in die Hand gedrückt, daß er darauf bis zur Jannowibrücke fahren könne. Die Anklagebehörde verurtheilt dagegen, daß Keller gleich von vornherein bis zur Jannowibrücke fahren wollte und dazu eine ihm früher vielleicht zufällig nicht abgenommene Fahrkarte benutzte. — Der Staatsanwalt beantragte das Schuldig gegen den Angeklagten. Wenn es auch befremdlich erscheinen könnte, daß wegen des Betrages von 10 Pf. der Apparat des Schwurgerichts in Bewegung gesetzt werde, so handle es sich hier jedoch um die Rechtssicherheit im Verkehr, die ansrecht erhalten werden müsse. Die Geschworenen hielten die Urkundenfälschung nicht für erwiesen und gaben ihren Schuldspruch nur auf versuchten Betrug ab. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu 30 M. Geldstrafe event. 8 Tagen Gefängniß.

Wie die Vandalen haben zwei junge Burschen auf dem Jakobikirchhofe in Rixdorf gehauk, die heute vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II standen. Der 15-jährige Arbeiter Georg Hoffmann und der 20-jährige Arbeiter Richard Schettler aus Rixdorf hatten am 4. August v. J. von dem Grundstücke des Fabrikanten Bading in Rixdorf diverses Metall, Bleidrehen zc. gestohlen, welches sie mit einem Handwagen nach dem Jakobikirchhofe brachten, um dasselbe hier zu vergraben. Die Gelegenheit benutzend, schlugen sie eine Anzahl eiserner Grabkreuze entwei, um das Material als altes Metall zu verkaufen. Rixdofsbauermeister erwirkten sie. Hoffmann kam wegen seines jugendlichen Alters mit drei Monaten Gefängniß davon, Schettler dagegen erhielt ein Jahr Gefängniß.

Reichs-Versicherungsamt. Versäumung der Reklursfrist. Ein Rechtsanwalt, den der Arbeiter Bachmann mit seiner Vertretung vor dem Reichs-Versicherungsamt betraut hatte, versäumte es infolge der Verlegung seines Bureaus, innerhalb der gesetzlichen vierwöchentlichen Frist den Rekurs gegen eine schiedsgerichtliche Entscheidung zu erheben. Er beantragte beim Reichs-Versicherungsamt die Wiedereinsetzung in den vorigen Rechtsstand, wobei er geltend machte, daß Versehen, wie das vorliegende, nicht der vertretenen Partei zur Last gelegt werden könnten. Das Reichs-Versicherungsamt war aber der Meinung, daß der Rekurs dennoch wegen der Verspätung zurückzuweisen sei, weil die für die Fristversäumung beigebrachten Gründe nicht die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand rechtfertigten. Die Zurückweisung des fraglichen Rekurses wurde am 5. Januar ausgesprochen.

Der Brauereiarbeiter Otto war auf dem Heimwege vor dem Hause seines Arbeitgebers gefallen und hatte dabei einen Unfall erlitten. Die Mälzerei- und Brauerei-Vereinsgenossenschaft wies den Rentenanspruch desselben ab, ebenso ihr Schiedsgericht. Das Reichs-Versicherungsamt fällt ebenfalls am 5. Januar ein dem Kläger ungünstiges Urtheil, welches es damit begründete, daß Otto auf einem Wege verunglückt sei, der nicht in besonderer Beziehung zum versicherungspflichtigen Betriebe seines Arbeitgebers gestanden habe.

In Mannheim wurde von der dortigen Strafkammer der ehemalige Bankier Wilhelm Naaf, Mitinhaber des fallirten Banthauses Salomon Naaf, wegen Betrugs infolge von 330 000 M. Vortrasfringen zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt.

**Vermischtes.**

Eine Familientragödie wird uns aus Halle berichtet. Am Sonntag Abend verstarb natürlichen Todes ein junges Mädchen Fräulein Julie Schulberg. Der Tod der Geliebten wirkte so furchtbar auf das Gemüth der beiden älteren Schwestern, daß dieselben nun ihrerseits den Entschluß faßten, zu sterben. Die hochgradig nervösen Mädchen nahmen gemeinschaftlich Opium und als dieses Gift seine schnelle Wirkung verlagte, brachten sie sich mit einem Rasirmesser schwere Verletzungen am Halse bei. Die jungen Selbstmörderinnen wurden in die Klinik geschafft und liegen fast hoffnungslos darnieder.

Aphorismen. Es giebt eine Moral, die den kostbaren Epigonalchentüchern der Damen gleicht, die diese niemals brauchen, sondern die sie nur immer in der Hand tragen, um sie der Welt zu zeigen. — Es ist ein merkwürdiges Phänomen, daß immer, wenn eine Hand die andere wäscht, beide Hände noch schmutziger werden.

**Briefkasten der Redaktion.**

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll.

Aberglauben 100. Wenden Sie sich an die „Freireligiöse Gemeinde“, Rosenthalerstr. 38.

Milarg. Ihrem Wunsch wird gern entsprochen werden; nur müssen Sie sich zur gegebenen Zeit an die Expedition wenden.

G. S. Perpetuum mobile ist ein Motor, welcher die Bewegungswiderstände (Reibung zc.) ohne Kraftaufwand von außen selbstthätig überwinden soll; die Realisirung dieses Problems ist unmöglich.

Heilig, Mantelstrafe. Ihre Wohnung muß in diesem Fall desinfectirt werden. Die Frage über die Kosten finden Sie im lokalen Theil beantwortet.

G. J. 123. In Deutschland ist keine solche Universität, doch dürfen in Zürich Frauen das Studium der Medizin betreiben.

Krautl. Meister wohnt Fürbringerstr. 28, 2 Tr.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Oeffentliche Versammlung**

am Donnerstag, den 10. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale der Arminiahallen, Kommandantenstraße 20.

Tages-Ordnung: 1. Die Erörterung der Trupps und Kartelle auf dem Frankfurter Parteitag. Referent J. Timm. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Das Thema wird ausführlich behandelt, die Diskussion eventuell in einer nächsten Versammlung fortgesetzt. Mitglieder, die ihr Wahlvereinsbuch vorzeigen, erhalten eine Broschüre. Ferner werden die Mitglieder auf § 5 Absatz b des Statuts aufmerksam gemacht. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Die Zahlstellen befinden sich bei folgenden Genossen: 276/12 Wendt, Glanbludstraße 19. Gärtner, Nollkenstraße 12. Tripke, Jägerstraße 10. Sommer, Grünstraße 21.

**Berein der Arbeiterinnen an Buch- u. Steindruckmaschinen. General-Versammlung**

Mittwoch, den 9. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schneider, Annenstraße Nr. 16: General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Freie Liebe“. Referent Herr Ernst Tübke, Buchdrucker. 2. Diskussion. 3. Kassenbericht. 4. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

**Arbeiter-Bildungsschule General-Versammlung**

am Mittwoch, den 9. Januar, abends präzis 8 1/2 Uhr, in den Arminiahallen, Kommandantenstraße 20.

Tages-Ordnung: 1. Verlesen des Protokolls der letzten Versammlung. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Bericht des Kassiers und der Revisoren. 4. Besprechung wegen eventueller Verlegung der Nordschule. 5. Wahl von 2 Revisoren. 6. Bericht des Bibliothekars. Alle Mitglieder werden dringend ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Mitglieder werden vor der Eröffnung der Versammlung aufgenommen. Der Vorstand.

**Achtung, Maurer!**

Große einheitliche Generalversammlung sämmtlicher Maurer Berlins am Sonntag, den 13. Januar, vormittags präzis 10 Uhr, im Konisensdädtischen Konzerthause, Alte Jakobstraße 37.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Delegirten und dessen Stellvertreter in die Gewerkschaftskommission. Kollegen! Da infolge der Beanstandung der Mandate unserer Delegirten durch den geschäftsführenden Ausschuß der Gewerkschaftskommission eine Neuwahl nöthig ist, so ersuchen wir Euch, recht zahlreich und pünktlich in dieser Versammlung zu erscheinen. 188/19 Die Einberufer.

**Dankagung.**

Für die Beweise inniger Theilnahme, sowie der vielen Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Aug. Achilles, sagen wir Allen herzlichsten Dank. Wittwe Achilles nebst Kinder.

**Sterbefälle von Arbeitern der Berliner Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft.**

Sonnabend, den 19. Januar 1895, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Stümke, Uferstr. 123:

**General-Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Halbjähriger Kassenbericht. 2. Verschiedenes. Das Quittungsbuch legitimirt. Um pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand. J. A.: Aug. Acko, Vorsitzender, Neue Hochstr. 41, 4 Tr.

Für die hiesigen Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die gewinne Gewinnliste der preuss. Lotterie bei.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung

### Theater.

Mittwoch, den 9. Januar. Opernhaus. Margarethe. Schauspielhaus. Salali. Die stille Wache. Deutsches Theater. Die Weber. Lessing-Theater. Chismonda. Berliner Theater. Der Kompanon. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Orpheus. Residenz-Theater. Der Unterpräfekt. Vorher: Villa Vieliebchen. Schiller-Theater. Prinz Friedrich von Homburg. Neues Theater. Andrea. Theater Unter den Linden. Der Vogelhändler. Bellealliance-Theater. König Krause. Central-Theater. O! diese Berliner. Adolph Ernst-Theater. Ein sileses Korps. Alexanderplatz-Theater. Privatlogis. Hierauf: Die Directrice. National-Theater. Undine, die Fürstin der Wellen. Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

### Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.) Wallner-Theaterstrasse. Mittwoch, den 9. Januar, Abends 8 Uhr: Prinz Friedrich von Homburg. Donnerstag, den 10. Januar, Abends 8 Uhr: Prinz Friedrich von Homburg. Freitag, den 11. Januar, Abends 8 Uhr: Prinz Friedrich von Homburg. Sonnabend, den 12. Januar, Abends 8 Uhr. Zum 1. Male: Hagars Sohn. Schauspiel in 4 Akten von J. J. David. Sonntag, den 13. Januar, Mittags 12 Uhr: Matinee zum Besten des Kaiser u. Kaiserin Friedrich Krankenhauses. Abends 8 Uhr: Krieg im Frieden. Dichter-Abende im Bürgercafé des Rathhauses. Abends 7 1/2 Uhr: Heine-Abend. (Zum 1. Male.)

### Adolph Ernst-Theater

Auftreten der Grottesktänzerin Miss Rose Batchelor vom Prince of Wales-Theater in London. Zum 13. Male: Ein fideles Corps. Große Gefangenssperre mit Tanz. Nach dem englischen „A Gaiety Girl“ von Jonas Sidon, frei bearbeitet von Eduard Jacobson und Jean Kren. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Infolge des großen Andrangs bleibt die Passe von Vormittags 10 Uhr ununterbrochen geöffnet.

### Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30. Emil Thomas a. O. Anna Blöckers. Josefine Dora. Zum 128. Male: O, diese Berliner! Große Poffe mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund. Musik von Julius Gindshofer. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: O, diese Berliner!

### Castan's Panoptikum.

Noch nie dagewesen! Die Kissen des dunkeln Erdheils: Die Dinka, 40 Männer, Frauen u. Kinder. Das schockige Mädchen Mariotta. Weihnachts-Ausstellung

### Die Dinka, Weihnachts-Ausstellung

Kaufmann's Variété. Das neue Carneval-Programm. Kolossaler Lach-Erfolg. Der Mord aus Lirbr. Die Sitzsäulen-Aufkleber. Netomische Burlesque. Auf zur Jagd! 16 Glanz-Nummern. Naucke kommt!

### National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132. Undine, die Fürstin der Wellen. Großes Ausstattungstück mit Gesang in 4 Akten und einem Vorspiel von Wollheim. Neu bearbeitet von Dr. Ed. Jacobsen. Musik von G. Michaelis. Regie: Max Samst. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Sonntag: So sind sie Alle! Poffe mit Gesang in 3 Akten von W. Mannstadt und A. Weller. Sonntag, nachm. 8 Uhr: Volks-Vorstellung.

### Ben-Unter den Linden 21.

Jeden Sonntag Nachmittag. Orientalische Familienvorst. zu halb. Preisen. Zauber und Bay's Wunder. Täglich Anfang 7 1/2 Uhr.

### Passage-Panopticum.

Neu! Neu! Prof. Frdr. Schwings Wanderrunde Lichtbilder. Das Lied von der Glocke in 15 lebenden Bildern mit transparentem Hintergrund. Musik von Romberg. Der Meister: Rob. Biberti vom Kgl. Opernhaus in Berlin.

### Urania

Anstalt für volksthümliche Naturkunde. Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof). Geöffnet von 5-10 Uhr. Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater. Näheres die Anschlagzettel.

### Circus Renz

Carlstrasse. Mittwoch, den 9. Januar, abends 7 1/2 Uhr: Jubiläum-Gala-Vorstellung. Tjo Ni En. (Beim Jahreswechsel in Peking.) Neue Musikeinlagen. Poema (gr. Ponnyspringen). Neue überraschende Lichteffekte. Außerdem: Erstes Auftreten des Herrn Gustav Hüttemann (als Gauk.) Professor de Haute Ecole. I. u. I. Oberreiter a. D., Besitzer des gold. Verdienstkreuzes mit der Krone, der gold. Verdienst-Medaille mit der Krone, des ottoman. Medjidie-Ordens II. Klasse etc. mit seinem von ihm selbst dressirtem Schulpferde „Cincinatus“, engl. Vollblut-Fuchswallach aus dem Gestüt des Fürsten Esterhazy. Erstes Auftreten der Herren Vasiloska und Banola in ihren unübertrefflichen Leistungen am dreifachen Reck. Blondel, ostpreuss. Hengst. Hierauf: Monstre-Tableau von 60 der edelsten Freizeitspferde, dressirt und vorgeführt vom Direktor Fr. Renz. Grande quadrille de la haute Equitation, geritten von 6 Damen und 6 Herren, angeführt vom Direktor Fr. Renz. Doppel-Jonglerie zu Pferde von Miss Agnes und Mr. Alfred. Die egyptischen Clowns Gebr. Villand etc. Morgen, Donnerstag, abds. 7 1/2 Uhr: Außerordentliche Vorstellung. Zweites Auftreten des Herrn Gustav Hüttemann (als Gauk.) mit seinem von ihm selbst dressirtem Schulpferde Cincinatus. Zweites Auftreten der Herren Vasiloska und Banola am dreifachen Reck. Tjo Ni En. Sonntag, den 13. Januar: 2 Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr. Fr. Renz, Kommissionsrath.

### Jubiläum-Gala-Vorstellung.

Tjo Ni En. (Beim Jahreswechsel in Peking.) Neue Musikeinlagen. Poema (gr. Ponnyspringen). Neue überraschende Lichteffekte. Außerdem: Erstes Auftreten des Herrn Gustav Hüttemann (als Gauk.) Professor de Haute Ecole. I. u. I. Oberreiter a. D., Besitzer des gold. Verdienstkreuzes mit der Krone, der gold. Verdienst-Medaille mit der Krone, des ottoman. Medjidie-Ordens II. Klasse etc. mit seinem von ihm selbst dressirtem Schulpferde „Cincinatus“, engl. Vollblut-Fuchswallach aus dem Gestüt des Fürsten Esterhazy. Erstes Auftreten der Herren Vasiloska und Banola in ihren unübertrefflichen Leistungen am dreifachen Reck. Blondel, ostpreuss. Hengst. Hierauf: Monstre-Tableau von 60 der edelsten Freizeitspferde, dressirt und vorgeführt vom Direktor Fr. Renz. Grande quadrille de la haute Equitation, geritten von 6 Damen und 6 Herren, angeführt vom Direktor Fr. Renz. Doppel-Jonglerie zu Pferde von Miss Agnes und Mr. Alfred. Die egyptischen Clowns Gebr. Villand etc. Morgen, Donnerstag, abds. 7 1/2 Uhr: Außerordentliche Vorstellung. Zweites Auftreten des Herrn Gustav Hüttemann (als Gauk.) mit seinem von ihm selbst dressirtem Schulpferde Cincinatus. Zweites Auftreten der Herren Vasiloska und Banola am dreifachen Reck. Tjo Ni En. Sonntag, den 13. Januar: 2 Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr. Fr. Renz, Kommissionsrath.

### Circus G. Schumann.

Friedrich Karl-Ufer. Texas Jack's American Prairie Life-Show. Täglich, abends 7 1/2 Uhr: Grosse Vorstellung. Gr. Ringschiff-Mähmaschine bill. zu verk. Koch, Grüner Weg 37.

### Altes Schützenhaus.

Linienstr. 5. Gasglühlicht. Neu dekoriert. Empfiehlt seine Säle zu allen Festlichkeiten und Versammlungen. Sonnabend, der 23. Februar, ist noch zu vergeben. 10975

### Circus G. Schumann.

Friedrich Karl-Ufer. Texas Jack's American Prairie Life-Show. Täglich, abends 7 1/2 Uhr: Grosse Vorstellung. Gr. Ringschiff-Mähmaschine bill. zu verk. Koch, Grüner Weg 37.

### Altes Schützenhaus.

Linienstr. 5. Gasglühlicht. Neu dekoriert. Empfiehlt seine Säle zu allen Festlichkeiten und Versammlungen. Sonnabend, der 23. Februar, ist noch zu vergeben. 10975

Unserem langjährigen Finanzminister G. Fabian zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch. 2074 b Allegro.

Unserm Freund, dem Sudiker Frhr. Görke, zu seinem Wiegenfeste ein dreifach donnerndes Hoch, daß der ganze Zithenfeller wadelt. P. L. N. R.

Die am 26. Dezember gegen Herrn Ryszewski ausgesproch. Beleidigungen nehme ich hiermit zurück. G. Freyer.

Die gegen Frau Anna Russe ausgesprochene Beleidigung nehme ich hiermit zurück. 20906 Elise Weiss, Wilmersdorf.

Die Beleidigung gegen F. Winter nehme ich hiermit zurück u. erkläre dieselbe für eine Ehrenfrau. E. Schulze.

Ich erkläre die Frau Krüger als eine eheliche und anhängige Frau. 2075b Karl Wierdorf.

Die gegen Frau Freyer am 26. Dezember ausgesprochenen Beleidigungen nehme ich zurück und erkläre dieselbe für eine ehrenhafte Frau. 20916 C. Ryszenzki.

Stimmbegabte Männer, die einem Gesangsverein beitreten wollen, können sich jeden Mittwoch, abends 9 Uhr, melden im Gesangsverein „Schönhauser Harmonie“, Eberswalderstraße 16 (Meride). 20886

### Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Maler u. s. w.

Filiale III (Süd). Mittwoch, den 9. ds., abends 8 Uhr, bei Wienecke, Alte Jakobstr. 83: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Statistischer Bericht. 3. Wahl der örtl. Verwaltung. 4. Verschiedenes. 20826 Der Bevollmächtigte.

### J. Sturm, Münzstrasse 5.

Bonbon, Marzipan, Confituren. Bei Erläut. Pasten etc. mache man e. Versuch mit Sturm's Pectoral-Bonbon, per Paket 20 Pf.

### Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königl. 59, vorn l., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit verließen gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200-1000 M. Teilzahlung gestattet. Brautleute ohne Anzahlung. Kleiderspinden 15, Küchenspinden, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Ausbaum-Kleiderpinden 30, Stühle 3 Mark, hochseine Nischenschränke 40, Pflüschgarnituren 60 Mark, Herrenschreibtische, Damenschreibtische 30, Cylinderbureau, Schreibetische 15 Mark, Garderobenspinden, Paneele, Sopha 75, Buffets, Trumeaus 65 M., Betten, Couffentische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle alle Herrschaften, mein größtes Möbellager Verlin zu besichtigen u. sich von den haunend billigen Preisen zu überzeugen. Gefauste Möbel können bis April kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

### In Rob-Tabaken

und Utensilien für Cigarren-Fabrikanten !! billigster Einkauf!! W. Hermann Müller Berlin Alexanderstr. 22. Strong reelle Bedienung. Creditgewährung nach Uebereinkunft!! Ein Jeder mache den Versuch.

### Gardinen-Reste

zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in der Fabrik Grüner Weg 80, part. Eingang vom Thur. Bettfedern, reine Gänsefedern 4 Pf. v. 50 Pf. an. Grüner Weg 41, 1 Tr. Frau Gläuer.

### Billigste Cigarren-Quelle.

5-6. Zimmerstr. 5-6. Neu eröffnet!! H. Java-Cigarren, St. 3 Pf., Dg. 55 Pf., 100 St. 4,50 M. H. Elbinger Konsum-Cig., St. 3 Pf., Dg. 55 Pf., 100 St. 4,50 M. Destillation, gutgehend, altes Geschäft, in Johistelle der Tischler, Nähe Rottbuser Thor, bill. zu verk. Auf. Mantelstr. 63, im Sargmagazin. 20786

### Destillation,

gutgehend, altes Geschäft, in Johistelle der Tischler, Nähe Rottbuser Thor, bill. zu verk. Auf. Mantelstr. 63, im Sargmagazin. 20786

### Berliner Gewerkschaftskommission.

Donnerstag, den 10. Januar, Abends präzise 8 Uhr, bei Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a: Öffentliche Versammlung der Delegirten. Tages-Ordnung: 1. Angelegenheit der Drochsenkutscher contra Gewerkschaftskommission. 2. Lohnbewegung der Weißgerber und Musikinstrumenten-Arbeiter. 3. Der Bierbottler. 4. Gewerkschaftliches. In anbetragt der wichtigen Tagesordnung werden die Delegirten ersucht, recht pünktlich zu erscheinen. Auch werden die Delegirten auf den heutigen Anruf von der Gewerkschaftskommission aufmerksam gemacht. Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission. Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Theilzahlung. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr. 1475b

Halb und Halb. Mamppe mit Pomeranzen. Feinste Likörmischung. Champagnerflasche Mark 1,25. Carl Mamppe Berlin, Veteranenstr. 24. Ueberall zu haben!

Künstl. Zähne schmerzlos eingesetzt, feinführend. Reparaturen sofort. Weniger Bemittelte Ermäßigung. Kreslawski, Spittelmarkt 19.

### Sargmagazin

u. Begräbnis-Comptoir, Schumacher, Ewinenmünderstr. 140. Achtung! Jahrbuch, auch Theilzahl., wöchentl. 1 Mark, Gudel, Lauffer Platz 2, Eiferstr. 12.

### Wolgasterstr. 3/4.

Billige H. Wohnungen, 2 u. 1 Stube, Küche, per sofort u. später. 2039t

### Stenographie.

Mittwoch, 8 Uhr: W., Fallstr. 14. (Schüler, Herren und Damen.) Donnerstag, 8 Uhr: S., Annonstr. 9, für Schüler; 9 Uhr: Herren u. Damen, beahmt ein unentgeltlicher Besichtigung für Herren, Damen und Schüler in der vorred. Abend-8 Uhr. Der Unterricht. Der Unterricht umfasst 6-8 Unterrichtsstunden bei wöchentl. 1 Stunde. Lehrg. 1,40 M.

### Bureau für Unfall-Prozesse

von Dr. jur. Richard Lehmann, Lützowstr. 102, I. - Sprechstunde: morgens 8-12 Uhr, abends 6-8 U.

### Möbel-

Kaufgelegenheit für Brautleute zu außergewöhnlich billigen Preisen Einrichtungen von 150 bis 3000 M., auch jedes Stück einzeln. Ausbaum-Mahagoni-Kleiderpind 30, Tisch 10, Sopha 30 M., Seiden- und Pflüschgarnituren, Paneele, Sophas, Buffet-Säulentrumeaus, Säulen-Kleiderpinden, Vertilow, Nischenschränke, Schreibtische, Bettstellen m. Matratze 30 M., Nischenschränke, Spiegel, Küchen-Einrichtung. Verließen gewesene billiger. Gefauste Möbel können kostenfrei in Lager. Transport frei. 1432t Neue Königl. 55, 1 Tr.

### Teilzahlung.

Monatl. 10 M. liefert Anzüge nach Maass Compromiss, Schneidermeister, Berlin O. Jüdenstr. 37 I.

### Billigste Cigarren-Quelle.

5-6. Zimmerstr. 5-6. Neu eröffnet!! H. Java-Cigarren, St. 3 Pf., Dg. 55 Pf., 100 St. 4,50 M. H. Elbinger Konsum-Cig., St. 3 Pf., Dg. 55 Pf., 100 St. 4,50 M. Destillation, gutgehend, altes Geschäft, in Johistelle der Tischler, Nähe Rottbuser Thor, bill. zu verk. Auf. Mantelstr. 63, im Sargmagazin. 20786

### Destillation,

gutgehend, altes Geschäft, in Johistelle der Tischler, Nähe Rottbuser Thor, bill. zu verk. Auf. Mantelstr. 63, im Sargmagazin. 20786

### Achtung, Tischler!

Zuzug u. d. Küchenmöbel-Fabrik von Oskar Springer, Generalstraße 8, Weissenhof, ist unbedingt fern zu halten. 143/13 Die Kontrollkommission.

Lüchtige Barodvergolder sucht A. Rechtenbach, Goldleisten-Fabrik, Strödal. 3182t Ein Buchdrucker f. in einer Partei-Zeitung als Hilfsredakteur, Korrektor, Expedient etc. Stellung. Schriftstellerische Befähig. vorhanden. Off. sub „Sozialist“ an die Exped. d. „Vorwärts“. 2077b Stepperrinnen u. Handnäherinnen auf Stoffhosen außer'm Hause verl. Rehrerstraße 17, 2 Tr. r. 2085b Almpnergehilfe, welcher a. bessere Petroleumbrenner geard. b. nach ausw. b. dauernde Beschäft. gef. Zu melden bei Heinze, Treibenerstr. 13, 2 Tr., 12-2, 7-9 abends. 2076b